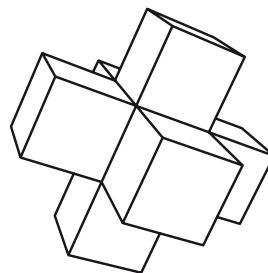


# Schweizer Freisinn



**FDP**  
Die Liberalen

<b>Unter Freisinnigen</b>	<b>2</b>	<b>Geits no?</b>	<b>2</b>	<b>FDP-Frauen</b>	<b>14</b>	<b>Dossier</b>	<b>18</b>
<b>Kopf des Monats</b>	<b>2</b>	<b>Brennpunkt</b>	<b>3</b>	<b>Jungfreisinnige</b>	<b>16</b>	<b>FDP intern</b>	<b>23</b>

31. Jahrgang. Erscheint sechsmal jährlich.

Offizielles Organ der FDP Die Liberalen

## Inhalt

### Black Box

Schönenwerd, Basel, Dietikon – die Liste der Ortschaften, in denen in den vergangenen Monaten bei Rasenunfällen Menschen ums Leben kamen oder zu Schaden gekommen sind, liesse sich leider beliebig verlängern. Solche Unfälle gilt es zu verhindern – mit einer Black Box?

**Seite 3**

### Nein zur Minarett-Initiative

Der Krieg im Nahen Osten und die Minarett-Initiative sind die zwei vordergründigen Ursachen, die auf zwei Minderheiten in der Schweiz Auswirkungen haben.

**Seite 7**

### Arbeitsplätze sichern, Schuldenwirtschaft verhindern

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Welt fest im Griff. Ihre Auswirkungen sind auch in der Schweiz immer deutlicher spürbar. Es besteht die Gefahr, dass Staaten mit Konjunkturprogrammen für überschuldete Banken in die Schuldenfalle geraten. Arbeitsplätze wären damit nur kurzfristig gesichert.

**Seite 18**

### Ja zur Reisefreiheit

Wer reisen will, braucht einen Reiseausweis, der internationale Normen erfüllt und von anderen Ländern anerkannt wird. Deshalb brauchen wir eine neue Pass-Generation, die den neuen europäischen und internationalen Standards entspricht.

**Seite 21**

**FDP.Die Liberalen – das gesamte Präsidium: Vizepräsident Pierre Weiss, Vizepräsidentin Isabelle Moret, Präsident Fulvio Pelli und die beiden Vizepräsidenten Ruedi Noser und Vincenzo Pedrazzini (v.l.n.r.).**

## FDP.Die Liberalen

Seit der Delegiertenversammlung vom 28. Februar 2009 in Bern ist es nun definitiv – die FDP Schweiz und die Liberale Partei Schweiz gibt es nicht mehr. Nach dem Zusammenschluss heisst die neue liberale Kraft der Schweiz *FDP.Die Liberalen*.

Am 28. Februar war es nun also so weit – in der Schweiz gibt es nun noch eine liberale Kraft. *FDP.Die Liberalen*. Nach diversen statutarischen Geschäften und den Wahlen des neuen Präsidiums galt das Au-

genmerk, entgegen dem vorgesehenen Programm, vor allem der wirtschaftlichen Situation der Schweiz. Bundespräsident Hans-Rudolf Merz und Parteipräsident Fulvio Pelli sprachen zur aktuellen

Situation und nahmen gleich selber am hochkarätigen Podium teil. Zudem wurden zwei Resolutionen diskutiert und verabschiedet.

**Seite 12**

# Ein JA zur Invalidenversicherung!

Am 27. September 2009 stimmen Volk und Stände über die Zusatzfinanzierung für die Invalidenversicherung ab.

Hauptziel der Reform ist die finanzielle Sanierung der IV und die Abtrennung des IV-Fonds vom AHV-Fonds. So soll die AHV nicht mehr unter der Last des IV-Defizits leiden. Damit die finanzielle Konsolidierung Erfolg hat, muss der neue IV-Fonds während sieben Jahren mit zusätzlichen 0,4 MWSt-Prozenten alimentiert werden. Es freut mich besonders, dass die Konferenz der kantonalen Parteipräsi-

denten und die Geschäftsleitung zu Handen der Delegiertenversammlung einstimmig die Ja-Parole empfohlen haben.

Verantwortungsvolle Gesellschaften haben die selbstverständliche Pflicht, die Schwachen und Hilflosen vor existenzieller Not zu bewahren. Dabei spielt in der Schweiz die Invalidenversicherung eine herausragende Rolle. Der Bundesrat und die grosse Mehrheit des

Parlaments verfolgen einen anspruchsvollen und ausgewogenen Sanierungsplan, um die Invalidenversicherung aus der Krise zu führen. Die befristete Zusatzfinanzierung ist Teil dieses Sanierungsplans, der zur Hauptsache aus den folgenden Elementen besteht:

1. Reduktion der Anzahl neuer Renten durch Erhöhung der Eintrittsschwelle in die IV (4. IV-Revision, in Kraft seit 1. 1. 2004);
2. Vermeidung neuer Renten durch Früherfassung, Frühintervention und Integrationsmassnahmen bei Problemen am Arbeitsplatz (5. IV-Revision, in Kraft seit 1. 1. 2008);
3. Abbau des Rentenbestandes durch Hilfe und Verpflichtung zur Wiedereingliederung (1. Teil der 6. IV-Revision, Vernehmlassungsvorlage Frühling 2009);
4. Vermeidung zusätzlicher Schuldenlast durch eine sozial abgestufte und auf sieben Jahre (2010 bis 2016) befristete Erhöhung der Mehrwertsteuer (IV-Zusatzfinanzierung, Abstimmung am 27. September 2009);
5. Sicherung des AHV-Vermögens durch Trennung von AHV- und IV-Fonds (tritt in Kraft, wenn die MWSt-Erhöhung angenommen wird).

6. Weitere Sparmassnahmen (6. IV-Revision, 2. Teil, Botschaft bis Ende 2010).

Dieses Sanierungspaket ist das Resultat langjähriger und intensiver politischer Arbeit. Eine politisch tragfähige Alternative ist nicht erkennbar.

Warum braucht es ein Ja zur IV-Zusatzfinanzierung?

– Weil sie die unsinnige Schuldenwirtschaft bremst: Gegen 400 Millionen Franken jährlich gibt die IV allein für die Verzinsung der Schulden aus, anstatt für ihren eigentlichen Auftrag, die Eingliederung. Die Zusatzfinanzierung sorgt



**Pascal Couchepin**

dafür, dass die Defizite vorübergehend verschwinden, bis die weiteren Sanierungsmassnahmen greifen.

– Weil sie die Renten der AHV sichern hilft: Schulden und Defizite der IV werden heute mit dem Geld der AHV bezahlt. Jeden Tag muss die AHV mehr als 4 Millionen Franken ihres Vermögens der IV abgeben. Die Zusatzfinanzierung kappt diese fatale Verbindung zwischen den beiden Versicherungen und hilft so mit, dass der AHV das Geld für die Renterinnen und Rentner nicht ausgeht.

– Weil sie die Schwächsten der Gesellschaft schützt: Das Defizit der IV beträgt rund 1,5 Milliarden Franken pro Jahr. Wollte man dieses Defizit sofort und allein mit Sparmassnahmen zum Verschwinden bringen, so müssten die Renten um rund 40 Prozent gekürzt werden. Die Zusatzfinanzierung verhindert einen solchen verantwortungslosen Kahlschlag.

Die IV-Vorlage ist da für alle Menschen in der Schweiz. Wir alle können eines Tages auf die IV angewiesen sein. Durch die Trennung des IV-Fonds vom AHV-Fonds werden zudem die AHV-Renten sicherer. Zerstören wir nicht unsere Sozialwerke in der laufenden Wirtschaftskrise! Sagen wir Ja zur IV-Vorlage am 27. September 2009.

**Pascal Couchepin**

## Geits no?

Grüne und SP wollen keine Atomenergie. Sollen wir diese denn zum Beispiel mit Windenergie ersetzen? Dieser Grundgedanke tönt grundsätzlich gar nicht schlecht. Wenn dies dann nur so einfach wäre. Würde man die gesamte Leistung der Atomkraft mit Wind produzieren, kommt man auf folgende Zahlen:

Die Leistung der AKW in der Schweiz beträgt 3,2 Gigawatt. Die Nennleistung eines Windrads beträgt 3 Megawatt und die gesi-

cherte Leistung 0,18 Megawatt (150 m Gesamthöhe bis Spitze Rotor). Man rechne... Um auf dieselbe Leistung zu kommen, braucht es 8300 Windräder (fast dreimal so viel wie auf der Windrad-Insel Mallorca) und eine Fläche von 1123 Quadratkilometern – fast die Fläche des Kantons Aargau. Wir sind der Meinung, dass es noch ein bisschen etwas anderes braucht, um eine gute und sinnvolle Energie- und Umweltpolitik zu betreiben, und sagen deshalb nur «geits no»!

## Kopf des Monats

### Vincenzo Pedrazzini, Vizepräsident FDP.Die Liberalen

Vincenzo Pedrazzini, Präsident der FDP des Kanton Schwyz wurde an der Delegiertenversammlung vom 28. Februar einstimmig zum Vizepräsidenten der FDP.Die Liberalen gewählt. Der Schwyzer betonte in seiner Vorstellungsrede, wie wichtig ihm der Kontakt zur Basis sei – darum bleibe er auch Präsident der FDP Schwyz. Der 49-jährige Jurist wird neuen Wind ins Präsidium bringen und sich für die liberalen Werte in unserem Land einsetzen. Wir wünschen ihm viel Erfolg in seinem neuen Amt. Für



**Vincenzo Pedrazzini,  
der Kopf des Monats.**

seine Glanzwahl machen wir ihn zum «Kopf des Monats».



Black Box

## Für sichere Strassen: Raserei bekämpfen

Schönenwerd, Basel, Dietikon – die Liste der Ortschaften, in denen in den vergangenen Monaten bei Raserunfällen Menschen zu Schaden gekommen sind, liesse sich beliebig verlängern.



**Philipp Müller**

**Von Nationalrat Philipp Müller,  
Reinach (AG)**

Die Geschwindigkeitsexzesse in der Schweiz häufen sich. Von vielen Seiten werden zahlreiche Patentrezepte vorgeschlagen, um der Raserei Herr zu werden. Viele Forderungen sind rein populistischer Natur – nur wenige der vorgeschlagenen Rezepte sind aber auch wirklich tauglich. Hier will ich im Bundesparlament Abhilfe schaffen. Konkret verlange ich die Einrichtung einer sogenannten Black Box für unbelehrbare Raser.

In der Wintersession der eidgenössischen Räte habe ich eine Motion eingereicht. Diese verlangt den Einsatz von Black-Box-Geräten gegen die Raserei. Konkret wollen wir Folgendes: Bei wiederholtem Entzug des Führerausweises wegen einer massiven Geschwindigkeitsübertretung muss nach dem Wiedererhalt des Führerausweises auf eigene Kosten im Fahrzeug ein Aufzeichnungsgerät mit integriertem GPS-System – eben eine sogenannte Black Box – eingebaut wer-

den. Das Aufzeichnungsgerät speichert permanent die gefahrenen Geschwindigkeiten sowie die Örtlichkeiten und ist monatlich auszuwerten. Wird dabei eine weitere Übertretung festgestellt, ist der Führerschein erneut zu entziehen und für die gleiche Dauer das Fahrzeug sicherzustellen. Die Pflicht zum Einbau einer Black Box wird im Führerausweis festgeschrieben.

Um sicherzustellen, dass solche Schnellfahrer sich nicht einfach fremde Autos ohne Aufzeichnungsgerät ausleihen, muss die Ausleihung eines Fahrzeugs an Black-Box-Betroffene verboten werden. Es sind strenge Vorschriften für die Sicherstellung und Enteignung der Fahrzeuge vorzusehen, welche eine sanktionierte Person treffen, die ohne Führerschein oder mit einem Fahrzeug ohne Aufzeichnungsgerät fährt.

Eine solche Black Box ist unkompliziert einzubauen – die Kosten betragen wenige hundert Franken. Sie ist aber sehr wirksam, denn die Daten werden mindestens einmal pro Monat von den Behörden abgefragt. Wer eine solche Black Box eingebaut hat, wird sich zweimal überlegen, ob er zu schnell fahren soll. Denn ihm sitzt quasi ein Polizist im Nacken, der ihn dauernd überwacht. Ein Geschwindigkeitsexzess wird sofort aufgezeichnet – und Führerschein sowie Auto sind möglicherweise für unbestimmte Zeit weg.

Ein weiterer Vorteil der Black Box: Er betrifft nur jene Autofahrer, welche die Geschwindigkeitslimiten überschreiten. Zusätzliche Radarkontrollen sind nicht nötig. Damit legen wir den notorischen Rasern das Handwerk – ohne dass gleichzeitig unbescholtene Autofahrer betroffen sind.



**Eine solche Black Box...**



**...soll Horrorunfälle vermeiden.**

Leider lehnt der Bundesrat meine Motion ab. Er möchte den laufenden Gesetzgebungsprozess zum Strassensicherheitsprogramm

«Via Sicura» abwarten. Davon werde ich mich nicht beirren lassen und weiter für die Einführung der Black Box kämpfen.

### Fraueninfo.ch

#### Perspektiven für die Wirtschaft

Wird es Entlassungen im grossen Stil geben?

Werden Schweizerinnen und Schweizer um ihre Ersparnisse bangen müssen?

Was können wir als Einzelne tun?

Im Referat des UBS-Chefökonom **Dr. Klaus W. Wellershoff** erfahren Sie mehr:

Ort: Four Points By Sheraton Sihlcity

Datum und Zeit: Mittwoch, 13. Mai 2009, 18 Uhr

Preis: Fr. 40.– inkl. Netzwerk-Apéro, bezahlbar vor Ort

Anmeldung: online unter [www.fraueninfo.ch](http://www.fraueninfo.ch)

Auch Männer sind herzlich eingeladen!

Auskünfte: F. Frey-Wettstein, 044 383 15 44

Marianne Fassbind, Wirtschaftsredaktorin der «Tagesschau», stellt die Fragen.

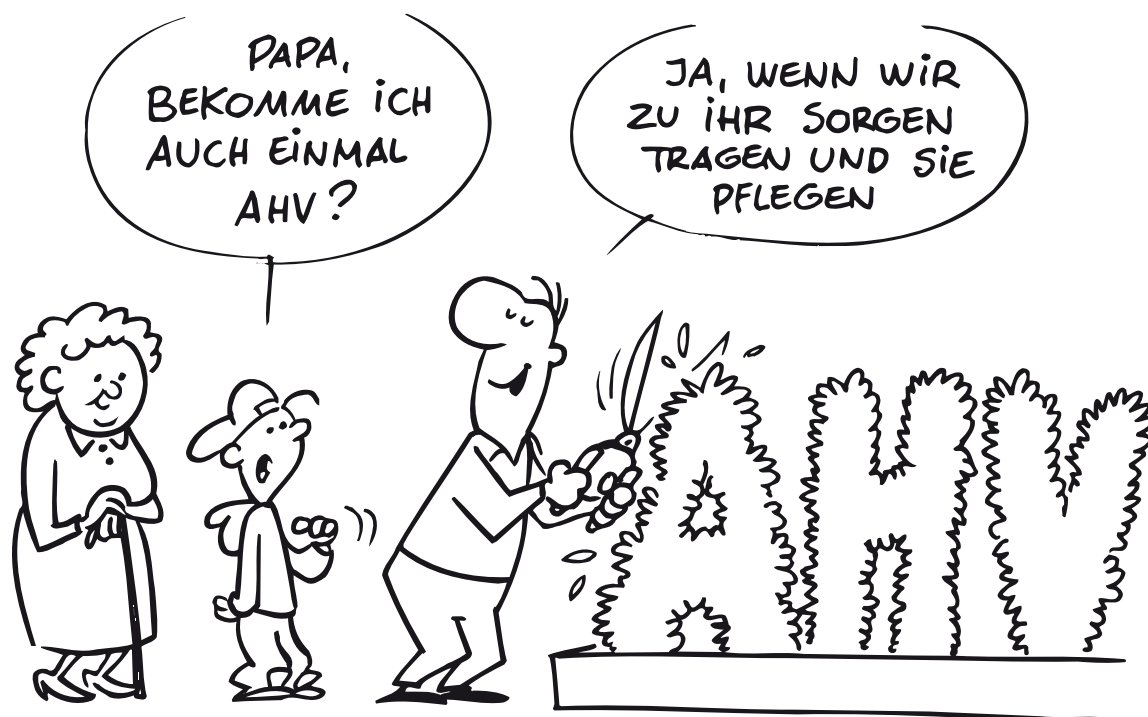
**Fraueninfo.ch**  
Fraueninfo informiert  
spannend – offen – engagiert

### Bitte merken

**Die nächste Delegiertenversammlung der FDP. Die Liberalen findet am 25. April in Stans NW statt**

Das detaillierte Programm sowie alle nötigen Unterlagen werden versandt und sind ab Ende März auf unserer Homepage aufgeschaltet.

**[www.fdp.ch](http://www.fdp.ch)**



**Stärken wir den nationalen Zusammenhalt und sichern wir die Sozialwerke.**



Kanton Zürich

## Fraktionserklärung zur Gebäudesanierung

**Die FDP-Fraktion des Kantons Zürich nimmt erfreut zur Kenntnis, dass Baudirektor Markus Kägi seinen Worten anlässlich der KEF-Erklärungsdebatte betreffend ein kantonales Anschubprogramm zur energetischen Gebäudesanierung Taten folgen lässt.**

Besonders erfreulich ist dabei, dass er die Anregung der FDP, für wirkliche Anreize zu sorgen, aufgenommen und umgesetzt hat. Mit rund 25% Kostenübernahme durch dieses Gebäudeprogramm werden zwei Fliegen auf einen Schlag getroffen. Der CO<sub>2</sub>-Ausstoss und der Energieverbrauch werden gesenkt, und zudem werden für das Gewerbe die zurzeit besonders erwünschten Aufträge geschaffen. Das ist die durchaus erfreuliche Seite. Allerdings fällt aus dem gleichen Verantwortungsbereich des Baudirektors ein langer Schatten auf diese Initiative. Gemäss Bauverfahrensverordnung bedarf es nämlich der Durchführung eines ordentlichen Baubewilligungsverfahrens, um die Gebäudehülle von aussen dämmen zu dürfen. Je nach Gemeinde und Bauzone mischt sich die Baubehörde sogar mit der Forderung nach Farbkonzepten in die energetische Sanierung ein. Die FDP hat bereits vor zwei Jahren gefordert, dass die Baubewilligungspflicht deutlich reduziert wird. Im gleichen Jahr hat die FDP mit der Motion 355/2007 von Carmen Walker Späh, Gabriela Winkler und Antoine Berger eine Revision des Raumplanungs- und Baurechtes verlangt, um umweltgerechtes Bauen zu erleichtern. Umweltgerechtes Bauen soll nicht länger durch unnötige Hürden wie Baubewilligungen für räumlich nichtrelevante Gebäudesanierungen oder überzogene Vorschriften bezüglich Solarpanelen usw. be-, ja verhindert werden. Angesichts der hohen Aktualität dieser Vorstösse wird nun der Regierungsrat aufgefordert, unverzüglich diesen Forderungen zu entsprechen, damit das anstehende Gebäudesanierungsprogramm auch tatsächlich seine positive Wirkung für Umwelt und Wirtschaft erzielen kann!

Kanton Thurgau

## FDP Thurgau will die Flat Rate Tax dem Volk vorlegen

Die Fraktion FDP des Kantons Thurgau will die aktuell zu beratende Revision des Steuergesetzes – die Flat Rate Tax – dem Volk zur Entscheidung unterbreiten und wird daher das Behördenreferendum verlangen. Jede und jeder Steuerpflichtige profitiert von der Flat Rate Tax, auch wenn die Gegner nicht müde werden, dies zu leugnen. Obwohl grundsätzlich der Grosse Rat die Entscheidkompetenz hätte, wird die FDP mit dem Behördenreferendum fordern, dass die Vorlage freiwillig dem Volk unterbreitet wird. Die Flat Rate Tax braucht sich nicht zu verstecken.

Seit Jahren fordert die FDP die Vereinfachung der Steuererklärungen und die Einführung eines Steuertarifs, der sowohl den sozialen Herausforderungen und Aufgaben wie aber auch individueller Leistungsbereitschaft Rechnung trägt. Mit der Flat Rate Tax wird zwar die Steuererklärung noch nicht unbedingt einfacher, aber die Steuerbelastung wird für alle Steuerpflichtigen sinken. Wirtschaftlich sehr schwach stehende Familien und Einzelpersonen werden mit der Flat Rate Tax massiv entlastet, teilweise bis auf einen Minimalbetrag komplett von der Steuer befreit. Der Steuertarif wird flacher und transparenter. Individuelle Leistung

kann sich wieder lohnen. Die FDP des Kantons Thurgau ist überzeugt, dass das Volk die Vorteile dieser Gesetzesänderung erkennen und der Vorlage aus Überzeugung zustimmen wird. Genau in der aktuellen Wirtschaftslage gilt es, den Bürgern nicht mehr aus der Tasche zu ziehen, als zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben nötig ist. Die Finanzlage von Kanton und Gemeinden ist komfortabel – höchste Zeit für die Flat Rate Tax.

Kanton Solothurn

## «Achtbares Resultat mit Schattenseiten»

**Die Solothurner FDP hat mit einem Wähleranteil von 26,8 Prozent 27 Sitze im Kantonsrat geholt, 3 weniger als bisher. Ihre Regierungsräte sind im ersten Wahlgang bestätigt worden.**

Im Kantonsrat mit 100 Mitgliedern wechselten insgesamt 7 Mandate die Partei, und sie gingen an die CVP und die Grünen (je 2) sowie an die SVP (1). Dazu errangen die erstmals angetretenen Grünliberalen (GLP) 2 Sitze. Die CVP verdankt die Gewinne der Listenverbindung mit der GLP und der EVP und will nun im Kantonsrat mit diesen eine Fraktionsgemeinschaft bilden, um die FDP als stärkste Fraktion abzulösen. Das links-grüne Lager musste durch die Verluste der SP – 4 Mandate – eine Schwächung hinnehmen; die 2 zusätzlichen Sitze der Grünen gleichen den Rückschlag nicht aus.

Im Rahmen der Erwartungen sieht hingegen die FDP ihr Resultat, das Parteipräsident Ruedi Nützi als «achtbar mit Schattenseiten» bezeichnet. Nach dem «Taucher» bei den letzten Nationalratswahlen konnte sie sich trotz einem Rückgang des Anteils um 2 Prozent und 3 Sitzverlusten als führende Solothurner Partei behaupten. Positiv verlief die Regierungsratswahl mit Spitzenergebnissen für Christian Wanner und Esther Gassler. Die SVP war mit einer kompletten Liste mit fünf Namen angetreten – und sie scheiterte auch beim vierten Versuch, in die Regierung einzuziehen.



Esther Gassler und Christian Wanner.

## Ausbau der Aktivitäten

Aufgrund der an der letzten Generalversammlung verabschiedeten Anträge steht das Reputationsmanagement als Hauptaktivität im Vordergrund.

Von **Beat Schlatter**, Vizepräsident

### Definition

Der Vorstand versteht unter Reputationsmanagement die Gesamtheit aller systematischen Aktivitäten, die dem Aufbau, der Erhaltung und Verbesserung einer positiven Reputation dienen. Ziel ist es, damit unseren Wert nachhaltig zu steigern. Für uns ist dies die Verpflichtung zu einer verantwortungsvollen Kommunikation mit allen Interessengruppen.



**Beat Schlatter**

### Aktivitäten

Die FDP-Vereinigung Öffentlicher Dienst ist in der Person des Vizepräsidenten vertreten. Am 23./24. Januar fand in der GEWA (die GEWA ist eine Stiftung für berufliche Integration und als solche ein soziales und betriebswirtschaftliches Dienstleistungsunternehmen) ein Strategieseminar für politische Kommunikation statt. Das Seminar wurde vom Generalsekretariat der FDP Schweiz organisiert und von Barbara Günthard-Maier, Mitglied des Grossen Gemeinderates der Stadt Winterthur, durchgeführt.

Ziel dieses Seminars war, anhand konkreter Kommunikationssituationen Probleme und Lösungen zu besprechen und an den verbandsinternen eigenen «Schwächen» zu arbeiten. Im Vordergrund standen Themen wie Kommunikationskonzepte, Lobbying, Alliancing, Campaigning und entsprechende Auftrittskompetenz. Dieses lehrreiche und intensive Seminar hat viele Ideen und Aktivitäten in den Vorstand hineingetragen.

Und der FDP. Die Liberalen konnten wir einmal mehr beweisen, dass uns an einer Mitarbeit der Angestellten des öffentlichen Dienstes auf nationaler Ebene sehr viel gelegen ist.

Die FDP Schweiz ist momentan daran, ihre Fachkommissionen neu zu organisieren und personell zu bestücken. Dies war und ist somit auch kurzfristig aktuellstes Geschäft im Vorstand. Wir konnten für die Kommissionen «Armee / Äussere Sicherheit», «Bildungspolitik» und «Finanzpolitik» je ein Mitglied zur Wahl in die Kommissionen entsenden. Die Vertreter in den Arbeitsgruppen wurden an der PPK von Ende Februar durch dieses Gremium bestätigt. Mit unseren Vertretern in diesen Arbeitsgruppen haben wir die Möglichkeit, aus der Bundesverwaltung heraus direkt Einfluss auf die nationale Politik zu nehmen und die Mitglieder der FDP-Vereinigung Öffentlicher Dienst kompetent und mit viel Fach-Know-how auf eidgenössischer Ebene zu vertreten und unseren Bekanntheitsgrad zu verbessern.

Am 17. März 2009 findet im Rahmen des von der Bundeshausfraktion organisierten Aperitifs mit der FDP-Vereinigung Öffentlicher Dienst ein Vortrag zum Thema «Die Revision des Bundespersonalgesetzes» statt. Referentin wird die Direktorin des Eidgenössischen Personalamtes, Frau Barbara Schaerer, sein. Einmal mehr werden wir unserem Ruf gerecht, dass der Vor-

stand stets die Aktualität in den Vordergrund seiner Aktivitäten stellt.

Aufgrund des für alle Bundesangestellten interessanten Themas erwarten wir einen Grossaufmarsch unserer Mitglieder.

Im Weiteren ist die FDP-Vereinigung Öffentlicher Dienst intensiv daran, ihren Internetauftritt zu modernisieren. Das Ziel ist, moderner und aktueller zu sein.

Aus diesem Grund wird einerseits geprüft, einen Newsletter, welcher mit den aktuellsten Themen

bestückt sein soll, unseren Mitgliedern elektronisch zukommen zu lassen. Andererseits überlegen wir, ob wir eine Mitgliederzone einrichten wollen. Die Idee wäre, dass sich die Mitglieder auf dieser Mitgliederzone gegenseitig austauschen können, ganz nach dem Grundsatz des vertieften Networking.

Im Weiteren möchten wir unseren Vorstand mit einem Mitglied verstärken. Hauptsächlich geht es darum, dass diese Person für die Organisation unserer Anlässe verantwortlich zeichnet.

### Möchten Sie Mitglied werden?

Sind Sie liberal denkend? Sind Sie eventuell sogar in einer FDP-Ortspartei? Arbeiten Sie im öffentlichen Dienst? Sind Sie an einer Mitgliedschaft interessiert? Rufen Sie Herrn Beat H. Schlatter an (079 582 39 20) oder finden Sie unter [www.fdp-od.ch](http://www.fdp-od.ch) das entsprechende Anmeldeformular.

**Internet: [www.fdp-od.ch](http://www.fdp-od.ch)**

## Veranstaltungskalender 2009

### 17. März 2009

#### Fraktionsapéro FDP im Restaurant Äusserer Stand

18.30 Uhr Referat Bundespersonalgesetz; Referentin: Frau Barbara Schaerer, Direktorin EPA (Moderation: Nationalrat Kurt Fluri). Anschliessend Apéro

### 20. Mai 2009

#### Besuch der Glockengiesserei Rüetschi in Aarau

Treffpunkt: 15.30 Uhr beim Hauptbahnhof Aarau. Ab 16.00 Uhr Besichtigung mit Rundgang Glockengiesserei Aarau. Anschliessend Apéro im Restaurant Schützen inkl. Begrüssungsrede durch FDP-Persönlichkeit.

### 26. August 2009

#### Boccia-Abend im Grottino, Dalmaziquai 111, 3000 Bern 6

18.00 Uhr Eintreffen. 18.15 Uhr gemeinsames Bocciaspiel. 19.30 Uhr gemeinsames Nachtessen. 22.00 Uhr Ende der Veranstaltung

### 5. November 2009

#### Generalversammlung FDP OD Zunfthaus zur Webern

Treffpunkt: [www.restwebern.ch](http://www.restwebern.ch)

18.00 Uhr Eintreffen

18.15 Uhr Beginn der Generalversammlung, anschliessend Apéro

## Minderheiten und pauschale Verurteilungen

Der Krieg im Nahen Osten und die Minarett-Initiative sind die vordergründigen Ursachen, die auf zwei Minderheiten – auf die Juden und die Muslime in der Schweiz – Auswirkungen haben.

**Von Nicole Poëll, Co-Präsidentin der Plattform der Liberalen Juden Schweiz**

Der Krieg im Nahen Osten und die Minarett-Initiative sind die vordergründigen Ursachen, die auf zwei Minderheiten, auf die Juden und die Muslime in der Schweiz, Auswirkungen haben.

Als Schweizerin, Präsidentin einer jüdischen Gemeinde und Co-Präsidentin der Plattform der Liberalen Juden der Schweiz musste ich mich in den letzten Wochen immer wieder mit der Kritik an Israel und «unserer» Verantwortung für die Geschehnisse im Gazastreifen auseinandersetzen.

In Diskussionen kommt jeweils zum Ausdruck, dass wir, die Juden in der Schweiz, endlich für Ruhe und Ordnung im Nahen Osten zu sorgen hätten. Kein Argument hilft gegen die Mär, alle Juden seien israelische Staatsbürger – auch diejenigen hier in der Schweiz. Diese beziehungsweise ihre Dachorganisationen hätten deshalb die Pflicht, sich gegen die Vorgänge zu engagieren oder sich zumindest vom Krieg zu distanzieren. Dies obwohl wir die Situation nur aus bequemer Distanz kennen und weder von Gewalt noch von Bomben betroffen sind. Wir wissen ja, dass auch in der Schweiz eine Intervention von ausserhalb unseres Landes zu den aktuellen Geschehnissen nicht toleriert würde.

Der Schreiber eines kürzlich erschienenen Leserbriefs im Berner «Bund» erklärt im folgenden Ausschnitt, was Sache ist:

«Am aufkommenden Antisemitismus in der Schweiz tragen die Juden hierzulande eine Mitverantwortung. Die Sprecher des Israelitischen Gemeindebundes haben sich nie distanziert von der Politik



**Nicole Poëll**

des israelischen Staates (Landwegnahme, Mauer- und Siedlungsbau, Entrechtung der Araber in Israel, schwerste Menschenrechtsverletzungen, Missachtung von Uno-Resolutionen usw.).»

Diese oft gehörte Schlussfolgerung, dass durch die fehlende Stellungnahme der offiziellen Organisationen der Schweizer Juden zur Situation in Israel zunehmender Antisemitismus erzeugt wird, ist sehr verbreitet, sie wird damit aber nicht richtiger, deshalb stelle ich folgende Fragen:

Wer gibt den schweizerischen jüdischen Dachorganisationen das Recht oder gar die Pflicht, diesen Konflikt, der einen anderen anerkannten Staat betrifft, öffentlich zu kritisieren oder zu verurteilen?

Weshalb sind wir am wieder aufkommenden Antisemitismus mit-schuldig?

Auch wir Schweizer Juden beanspruchen das Recht, gut eidgenössisch differenzierte Meinungen zur Situation im Nahen Osten zu haben, was allerdings eher mit der politischen Orientierung des Einzelnen als mit unserer religiösen Ausrichtung zu tun hat. Die unterschiedlichen Ansichten zeigten sich in der

Öffentlichkeit z. B. sehr klar, als die Genfer Initiative diskutiert wurde.

### Zur anderen Minderheit

Die Parlamentsdebatte zur Initiative gegen den Bau von Minaretten löst mit anderen Vorzeichen bei den Muslimen in der Schweiz dieselben Fragen aus.

Die Auseinandersetzung wird mit Sicherheit von Islamisten, von Ausländern und den nicht integrierten Teilen in der Schweizer Bevölkerung handeln.

Dabei werden die vielen Muslime, die hier wohnen, arbeiten und – wie die Juden – längst integriert oder Schweizer Bürger sind, nahezu unerwähnt bleiben.

Erhalten sie, wie wir, während des Abstimmungskampfes so zahlreiche antiislamische Mails und Briefe, in denen im besten Fall ihre Ausreise gefordert wird?

Tragen also auch sie die Verantwortung für die islamischen Fundamentalisten und die kriegesischen Auseinandersetzungen in den entsprechenden Ländern?

Alle diese Fragen sollen und müssen politisch kontrovers diskutiert werden, damit solche ungerechtfertigten Verallgemeinerungen widerlegt werden können. Es reicht nicht, sich nur um die Integration von Ausländern zu kümmern, es gilt, vermehrt und besser zu informieren und Agitatoren in ihre Schranken zu verweisen.

Als langjähriges FDP-Mitglied, Alt-Verfassungsrätin und ehemalige Bezirksparteipräsidentin erwarte ich von meiner Partei nicht nur ein gewisses Wohlwollen, sondern auch eine seriöse Debatte zu diesen – meiner Meinung nach gefährlichen – Tendenzen. Ich freue mich auf eine offene Diskussion.



**Glaubensfreiheit limitieren für eine gewisse Religion?**

Bild: Keystone



### Agrarfreihandel – ohne Konzept und Chancengleichheit

Als langjähriges FDP-Mitglied, Ökonom und Unternehmer habe ich mit etwas Besorgnis im «Freisinn» Nr. 10/2008 gelesen, dass die bisherigen Hypothesen des Bundesrates zum Agrarfreihandelsabkommen praktisch wörtlich übernommen und bereits zur Position der FDP gemacht wurden. Damit geht die FDP verschiedene Risiken ein, die sie schwächen könnte:

1. Die FDP könnte unglaublich werden, weil sie den Eindruck erweckt, sich schon für ein Abkommen einzusetzen, zu dem nicht einmal ein Vertragsentwurf vorliegt. Zudem schwächen Statements, die einen unverkennbaren Bittstellcharakter tragen, die Verhandlungsposition der Schweiz.

2. Die FDP könnte – gerade in Bern – Aufsplitterungstendenzen erfahren: In der Frage «Ausdehnung Freihandel auf Landwirtschaft» ist man sich in Wirtschaftskreisen des Gewerbes, also der KMU, wegen der zahlreichen offenen Fragen keineswegs schon einig. Es geht vielerorts nämlich um die Existenz von Landwirtschaft, aber eben auch der oft vergessenen vor- und nachgelagerten Betriebe sowie um den Mittelstand generell. Viele KMU könnten sich nach dem voreiligen FDP-Positionsbezug wohl umsehen, welche Partei sie besser vertreten kann. Gerade in Bern sind die Landwirtschaft und deren Verarbeitungsbetriebe nämlich stark vertreten.

3. Die Reputation der FDP über ihre Fachkompetenz in Wirtschaftsfragen – ausgerechnet die Stärke der FDP – könnte bei derart verkürzten Statements leicht fragwürdig werden: Richtig ist sicher, dass der Binnenmarkt – wie auch der Export – nicht gefährdet werden sollen. Ihre Aussage aber, die Schweiz brauche in Zeiten des wirtschaftlichen Abschwungs eine wirtschaftliche Öffnung der Landwirtschaft – ich spreche nur von der Landwirtschaft – wird nicht belegt.

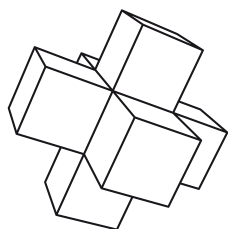
4. Die FDP erweckt mit diesem Artikel Angst und Unsicherheit: Wenn eine Partei einen solchen Vertrag betreffend Landwirtschaft ohne Kenntnis der konkreten Vertragsbedingungen (Chancengleichheit – übrigens auch für den Export) zu unterstützen scheint, und damit möglicherweise x-10 000 Arbeitslose in Kauf nehmen will, verbreitet sie heute, wo auch ohne diese Zäsur steigende Arbeitslosenzahlen dominieren und viele Menschen um ihren Arbeitsplatz Angst haben, noch mehr Angst.

Fazit: Es gibt meines Erachtens gerade für die Exportindustrie gute Gründe für einen Freihandel – jedoch nur auf der Basis eines mehrdimensionalen Wertesystems (wie Chancengleichheit, Finanzierbarkeit, Souveränitätserhaltung, Arbeitsplätze, Nachhaltigkeit, Nichtdiskriminierung des Binnenmarktes usw.).

**Hermann M. Dür, Burgdorf**

### Schreiben Sie uns:

FDP.Die Liberalen  
Redaktion «Freisinn»  
Postfach 6136, Neuengasse 20  
3001 Bern  
gnaegi@fdp.ch



### Komplementärmedizin: Nein als Weg zu einer besseren Lösung

Es ist besser, am 4. April ein Nein zum Gegenvorschlag abzugeben und sich dann dafür einzusetzen, dass die Krankenkassen die Grundversicherung in zwei Varianten anbieten können:

– Die eine wie bisher, ohne Komplementärmedizin, 10% Selbstbehalt, Obergrenze Fr. 700.–

– Und die andere mit Komplementärmedizin, 10% Selbstbehalt, Obergrenze zwischen minimal Fr. 800.– und höchstens Fr. 1200.–, als für die Krankenkassen frei wählbares Angebot.

Damit entsprechen wir dem Wunsch eines Teils der Bevölkerung, die Komplementärmedizin in jedem Alter in die Grundversicherung einschliessen zu können, machen aber auch deutlich, dass ein grösseres Angebot mehr kosten kann (was die Linken nie begreifen wollen). Für diejenigen, die Mass halten und je nachdem die eine oder andere Form der Behandlung wählen, wird es nicht teurer (wohl aber für diejenigen, die immer beides wollen).

Zudem strapazieren wir den Solidaritätsgedanken nicht: Im «Dossier» zur Komplementärmedizin («Freisinn» Nr. 1/2009) steht, sie sei in den letzten Jahren immer beliebter geworden. Wir können doch nicht ein Obligatorium missbrauchen, um etwas, was bei einem Teil der Bevölkerung «beliebt» ist, allen solidarisch aufzwingen.

**D. Bracher, Gümligen**

### Ja zur Komplementärmedizin! Aber wozu denn eigentlich?

Der gut formulierte Artikel zur Vorlage vom 17. Mai zeigt ein durchwegs positives Bild der Komplementärmedizin, auf die möglichen Konsequenzen der sicheren Annahme der Volksinitiative geht er nicht ein. Wer sollte schon dagegen sein? So wird die Vorlage an der Delegiertenversammlung nur «vorgestellt und moderiert diskutiert». Alles schön und klar?

Die Volksinitiative ist eine Reaktion auf die wissenschaftlich gut begründete, aber politisch unkluge Streichung der provisorisch in den Grundleistungskatalog aufgenommenen 5 komplementärmedizinischen Methoden durch BR Couchepin. Mit einer definitiven Aufnahme hätte man die Zahl der von der Grundversicherung bezahlten komplementärmedizinischen Leistungen in Grenzen halten können. Auch nach der Streichung des vagen und in seinen Konsequenzen unabsehbaren Begriffs der «umfassenden» Berücksichtigung – Dank an SR Büttiker! – bleibt unklar, was die Folgen dieses neuen Verfassungsartikels sein werden. Werden alle in der Tabelle aufgeführten Verfahren (es gibt noch hunderte mehr...) in den Grundleistungskatalog aufgenommen? Wer entscheidet darüber? Wer kontrolliert die Ausbildung der unzähligen nichtärztlichen Therapeuten? Müssen alle medizinischen Fakultäten und alle öffentlichen Spitäler auch Komplementärmedizin anbieten? Wer zahlt dies alles? Billiger wird die Medizin dadurch sicher nicht. Es gäbe genug Gründe, die Folgen des Volksentscheids vom 17. Mai kontradiktorisch zu diskutieren. Das Anliegen der Initianten ist mir sympathisch, ich kenne und schätze sinnvolle und wirksame Komplementärmedizin. Die absolute Forderung der Volksinitiative geht mir aber zu weit, ich werde sie ablehnen.

**Felix Jungi, Wittenbach**



## Grossinvestition des Flughafens Zürich begrüsst – Wichtiges und positives Zeichen in der Krise



Flughafen Zürich

*FDP.Die Liberalen* begrüsst den Entscheid des Flughafens Zürich, für 4000 Arbeitsplätze 1 Mrd. Franken in ein neues Dienstleistungszentrum am Flughafen zu investieren. Damit setzt der Flughafen auf Swissness – Qualität, Solidität und Innovation – bei der internationalen Vermarktung seiner Dienstleistungen.

Unique – die Betreiberin des Flughafens Zürich – will ihre einmalige Lage nutzen und in den nächsten Jahren ein neues Dienstleistungszentrum aufbauen: 30 der 100 grössten Unternehmen der Schweiz befinden sich im Umkreis von 30 km zum Flughafen, und der Flughafen selbst ist eine internationale Drehscheibe. Dafür sollen ab 2012 rund 1 Mrd. Franken investiert und Arbeitsplätze geschaffen werden.

Mit dem geplanten Dienstleistungsangebot – Ausbildung, Gesundheitsleistungen, Büroräume, Kultur und Tourismus – wird auf qualitativ hoch-

wertige Produkte in Wachstumsmärkten gesetzt. Damit wird Swissness I gezielt vermarktet. Auf diese Weise wird der im internationalen Wettbewerb stehende Flughafen gestärkt und die Attraktivität der Region als Sitz für international tätige Unternehmen verbessert.

Gerade in der wirtschaftlichen Krise ist der Entscheid von Unique ein wichtiges und positives Zeichen. *FDP.Die Liberalen* erwartet, dass das Bewilligungsverfahren durch Behörden und Verbände unterstützt und die Umsetzung des Vorhabens nicht verzögert wird.

## Abstimmungsevent 8. Februar 2009 – Zahlreiche Persönlichkeiten in Langenthal

Die Abstimmung vom 8. Februar war von wegweisender Bedeutung für unser Land. Zahlreiche Persönlichkeiten aus den Bereichen Politik, Wirtschaft und Diplomatie trafen sich am Abstimmungsevent in Langenthal bei einem grossen Schweizer Exportunternehmen der Maschinenindustrie, um den Abstimmungsausgang zu verfolgen.

Die Schweiz wird den bewährten bilateralen Weg, den sie seit 6 Jahren erfolgreich verfolgt, weitergehen! Der Bundesrat, das Parlament, alle Kantone, alle Wirtschaftsverbände sowie die Gewerkschaften und fast alle Parteien setzten sich für ein klares Ja für unsere Wirtschaft, für Arbeitsplätze und für Wohlstand ein. Und auch die Bevölkerung legte ein deutliches Ja ein.

Die Gegner haben eine riesige Schmutz- und Lügenkampagne lanciert, welche die Ängste der Bevölkerung schürte und das Volk zu verwirren versuchte. So wurde sowohl gegen die Ausdehnung der Verträge auf Rumänien und Bulgarien als auch gegen die Weiterführung der Personenfreizügigkeit und gegen die Verbindung beider Fragen als «Päckli» offen oder über betrügerische Webseiten geworben. Trotz diesen Machenschaften hat das Volk die bewährten Bilateralen einmal mehr deutlich unterstützt. Die Gegner konnten den bilateralen Weg nicht zerstören!

*FDP.Die Liberalen* hat entschieden für ein Ja gekämpft. Sie freut sich über den Abstimmungsausgang, der den erfolgreichen und bewährten bilateralen Weg der Schweiz erneut eindeutig bestätigt.



Christine Egerszegi, Ständerätin AG, im Gespräch mit Johann Schneider-Ammann, Nationalrat BE.



Freude über das klare Abstimmungsergebnis.

## Libérale Zukunftsvision für 2050

«Das ganze Unglück der Menschen rührt daher, dass sie nicht still in einem Zimmer bleiben können.» *Blaise Pascal*

**Von Laurent Favre,**  
Nationalrat NE

Nun war Blaise Pascal zu genial, um in seinem Zimmer zu bleiben. Er gründete 1662 zusammen mit einem Freund ein Droschkenunternehmen, das als der Beginn öffentlicher Verkehrssysteme gilt. Auch in Zukunft wird Mobilität für das Wirtschaftswachstum notwendig sein. Globalisierung bedeutet eine steigende Verkehrsnachfrage, insbesondere der Güterverkehr wird zunehmen. Unsere Verkehrsinfrastruktur ist aber schon jetzt stark belastet. Gleichzeitig zeigen die Diskussionen im Parlament zur Entwicklung der Bahninfrastruktur, dass wegen der knappen öffentlichen Mittel diese Infrastruktur nur langsam ausgebaut wird. Vor diesem Hintergrund müssen wir uns fragen, ob und wie wir die heutige Mobilität auch 2030, 2050 gewährleisten können. Die Gewährleistung der Mobilität ist für uns Liberale ein zentrales Anliegen, weil Mobilität ein Teil der Freiheit ist. Bekanntes oder Neues aufsuchen, aus Bewegung Befriedigung schöpfen und beispielsweise an einen anderen Ort umziehen, ist für uns selbstverständlich. Mobilität ist Voraussetzung für Lebensqualität und für Wirtschaftswachstum. Was wir ablehnen, ist die Verteufelung von Mobilität, die Unterteilung in böse Autos und Flugzeuge und gute Bahn und gute Velos. Damit der Verkehr auch in der Zukunft fliesst und nicht staut, müssen wir heute die Weichen stellen.

### Strassenverkehr

Ich bin überzeugt davon, dass das Auto auch in Zukunft ein wichtiges Transportmittel bleiben wird. Die Orte, an denen wir wohnen und arbeiten, liegen immer weiter auseinander. Besonders die Menschen,



**Bahnfahren ist auf langen Strecken oft erholsamer als die Fahrt in anderen Verkehrsmitteln.**

Bild: Keystone

die auf dem Land wohnen, müssen lange warten, bis ein Bus oder ein Zug kommt. Trotzdem ist das Auto keineswegs immer das zweckmässigste Verkehrsmittel. Gerade bei kurzen Strecken ist es oft besser und selbstverständlich billiger, das Fahrrad zu nehmen oder zu Fuss zu gehen. Und auf langen Strecken ist das Bahnfahren oft viel erholsamer. Hier geht es also darum, mit innovativen Konzepten alte Gewohnheiten aufzubrechen und Wahlfreiheit zurückzugewinnen. Alternativen sind aufzuzeigen, anstatt zu versuchen, die Bevölkerung umzuerochen. Ich bin überzeugt davon, dass die Autos der Zukunft kleiner, sicherer und sauberer sein werden. Vielleicht helfen Konzepte wie das von Shai Agassi, der mit einem Netz von Tankstellen für Elektroautos und einer Art Abonnement für Elektroauto-Batterien dem Elektroantrieb zum Durchbruch verhelfen wird. Grundsätzlich gehe ich davon aus, dass der Treibstoff Benzin für unser Auto in der Zukunft durch andere Spritarten ersetzt wird, da Erdöl schlicht zu wertvoll sein wird, um es zu verbrennen. Ich denke dabei in erster Linie an Wasserstoff und weniger an Biosprit aus Raps oder Soja.

Zusätzlich muss die Politik versuchen, positive Anreize zu setzen, damit das Auto stehen gelassen wird. Mit hohen Parkplatzgebühren und Restriktionen die Leute zu bewegen, nicht zu fahren, ist der falsche Weg. Wir Liberalen schlagen vor, dass die Automobilsteuer auf importierten Fahrzeugen sowie die kantonalen Motorfahrzeugsteuern abgeschafft werden. An deren Stelle soll die Besteuerung des Verbrauchs treten. Steigende Preise für Benzin werden dafür sorgen, dass die Leute ihre Autos häufiger stehen lassen und zu Fuss gehen oder das Velo benützen. Diese Idee ist charmant, weil so das Portemonnaie eines jeden zum Gewinner werden kann. Dafür sind die Leute immer zu haben. Ich bin auch davon überzeugt, dass innovative Modelle des Car-Sharing, wie dasjenige der SBB Zukunft haben werden.

### Schienenverkehr und Luftfahrt

Der Schienenverkehr ist und bleibt das Rückgrat nachhaltiger Mobilität. Dies setzt aber voraus, dass die Bahn ihre Anstrengungen punkto Umweltschutz, Kapazitäten, Komfort und Pünktlichkeit verstärkt, um nicht im Wettbewerb mit

der Strasse auf der Strecke zu bleiben. Dafür ist es höchste Eisenbahn! Dazu gehören stärker differenzierte Tarife für eine gleichmässige Auslastung der Züge und Investitionen in die Bahntechnologie. In diesem Zusammenhang finde ich es bedauerlich, dass unsere Züge immer noch mit so hohem Gewicht fahren. Klar ist aber auch, dass wir die Herausforderungen des steigenden Güterverkehrs nicht alleine meistern können. Hier müssen wir die Zusammenarbeit mit der EU suchen und Lösungen mit Vorbildcharakter für die EU entwickeln, wie wir das mit der Güterverkehrsverlagerungspolitik unter Beweis gestellt haben. Betreffend die Luftfahrt gehe ich davon aus, dass wir in Zukunft mehr fliegen werden denn je. Der Standort Schweiz ist auf gute Verkehrsverbindungen mit dem Ausland angewiesen. Daher müssen wir für bestmögliche Rahmenbedingungen für den Luftverkehr sorgen.

### Verkehrspolitische Instrumente

Die verkehrspolitische Herausforderung lautet, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass jeder Verkehrsteilnehmer die von ihm verursachten Kosten für Infrastruktur und Umwelt verursachergerecht trägt und auf dieser Basis selber entscheidet, welches Verkehrsmittel er wählt. So entstehen faire Wettbewerbsbedingungen zwischen den Verkehrsträgern, die mit ihren spezifischen Vorteilen zu einem Gesamtsystem vernetzt werden. Der Staat hat hier eine klare Rolle: Er ist verantwortlich für die Bereitstellung der Verkehrswege. Planung, Bau und Betrieb sollen durch Public-Private Partnerships erfolgen. Das ist effizienter.



## Etatistischer Salto der SVP





Delegiertenversammlung

# **FDP.Die Liberalen – mit Zuversicht und Lösungen in die Zukunft**

Am 28. Februar fand die Delegiertenversammlung der FDP Schweiz und der Liberalen Partei Schweiz in Bern statt. Die Delegierten stimmten dem Zusammenschluss der beiden Parteien definitiv zu und wählten ihren Vorstand.

### **Statutarische Geschäfte**

Pierre Weiss, Präsident der Liberalen Partei Schweiz, eröffnete die Delegiertenversammlung.

Zuerst galt es anlässlich der kurzen Generalversammlung der Union der Freisinnigen und Liberalen (UFL) deren Jahresbericht und Rechnung zu genehmigen und die Union aufzulösen. Erstere wurden einstimmig genehmigt, und die UFL einstimmig aufgelöst. Pierre Weiss und Stefan Brupbacher, Generalsekretär der FDP, stellten die Rechnungen und Jahresberichte der FDP und der LPS vor. Diese wurden ebenfalls einstimmig genehmigt.

### **Fusionsvertrag**

Chantal Balet und Vincenzo Pedrazzini stellten den Delegierten den Fusionsvertrag vor. Die Abstimmungen über den Fusionsvertrag

fanden getrennt statt. Die Liberale Partei Schweiz stimmte dem Vertrag einstimmig zu – zur Freude des Präsidenten Pierre Weiss. Ebenfalls die FDP stimmte mit 212 zu null Stimmen zu. Gemeinsam, mit Zuversicht und Lösungen in die Zukunft. FDP.Die Liberalen

## **FDP** **Die Liberalen**

### **Wahlen**

Filippo Leutenegger, Nationalrat ZH, führte gekonnt durch die Wahlen und stellte den Delegierten das folgende Präsidium zur Wahl vor:

### **Präsidium**

– Fulvio Pelli, bisheriger Präsident FDP Schweiz

### **Vizepräsidium**

- Isabelle Moret, bisherige Vizepräsidentin FDP Schweiz
- Pierre Weiss, bisheriger Präsident LPS
- Ruedi Noser, bisheriger Vizepräsident FDP Schweiz
- Vincenzo Pedrazzini, Präsident FDP Schwyz

Fulvio Pelli wurde einstimmig zum Präsidenten der *FDP.Die Liberalen* gewählt. Nach der Wahl des gesamten Vizepräsidiums (einstimmig) zeigte er seine Freude über die Wahl und betonte auch in seiner anschliessenden Rede, dass er nur mit einem starken Team im Rücken Erfolg haben kann – dieses hat er mit dem gewählten Vizepräsidium auf sicher.



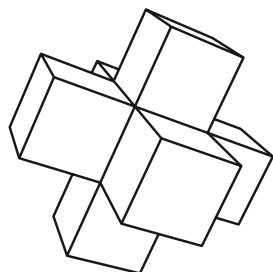
Hans-Rudolf Merz, Bundespräsident, und Fulvio Pelli, Parteipräsident, gratulieren Damian Müller zu seinem Erfolg als Sieger des Plakatwettbewerbs.



Das gesamte Präsidium.

Fulvio Pelli erntete in seiner Rede Applaus für seine Ausführungen rund um die Finanzkrise, die Situation der UBS und die Absage an ein drittes Konjunkturpaket. Der Präsident bedankte sich zudem für das grosse Engagement der Mitglieder im Vorfeld der Abstimmungen zu den Bilateralen. Als Dank durfte Damian Müller, FDP Hitzkirch, der Gewinner des Plakatwettbewerbs, einen Check von Fr. 1000.– für seine Ortspartei entgegennehmen.

sende Podiumsdiskussion. Nach dem spannenden Podiumsgespräch zur Wirtschaftskrise und zum Bankgeheimnis wurde den Delegierten zwei Resolutionen vorgestellt, welche nach aktiven Diskussionen grossmehrheitlich angenommen wurden.



#### Resolutionen

Bundespräsident Hans-Rudolf Merz bot mit seiner Rede eine ideale Grundlage für die anschlies-

### Resolution – Finanzkrise meistern, Wirtschaftsstandort stärken, Schuldenwirtschaft verhindern

- Liberale Werte leben
- Finanzplatz sichern und stärken
- Exportindustrie stützen
- Ja zu gezielten Konjunkturmassnahmen, nein zur Schuldenwirtschaft
- Sozialversicherungen sichern
- Bürgerinnen und Bürger entlasten, Verfahren vereinfachen
- Bessere Regulierung statt Überregulierung
- Internationale Vernetzung statt Isolationismus

### Resolution – Steuersouveränität verteidigen, finanzielle Privatsphäre schützen

- Rechtsstaat gilt für alle
- Privatsphäre verteidigen
- Keine Aufweichung des Bankgeheimnisses
- Rechtsstaatliche Verfahren beschleunigen
- Nein zu Macht vor Recht
- Diplomatische Offensive gegenüber den USA
- EU-Zinsbesteuerungsabkommen ausbauen
- Zinsbesteuerungsabkommen mit nicht EU-Staaten

Die gesamten Ausführungen zu beiden Resolutionen sind auf unserer Homepage zu finden: [www.fdp.ch](http://www.fdp.ch)



**Hochkarätiges Podium – Fulvio Pelli, Parteipräsident, Hans-Rudolf Merz, Bundespräsident, Filippo Leutenegger, Moderator, Isabelle Moret, Vizepräsidentin, Ruedi Noser, Vizepräsident, und Christian Luscher, Nationalrat GE.**

### Der «Freisinn» braucht einen neuen Namen

Unsere Partei hat bereits einen neuen Namen – nun soll auch der «Freisinn» einen neuen Namen erhalten. Im letzten «Freisinn» haben wir eine Namensumfrage gemacht und die Leserschaft gebeten, uns Vorschläge zu machen. Wir geben Ihnen hier nun die Möglichkeit, unsere Parteizeitung zu «taufen»: Wählen Sie Ihren Favoriten aus und faxen Sie den Talon ein, schreiben uns ein E-Mail oder stimmen Sie online ab: [www.fdp.ch/freisinn](http://www.fdp.ch/freisinn).

#### Zur Auswahl stehende Namen:

- ☐ Liberal.ch
- ☐ FDP. Die Presse
- ☐ Klar liberal

Bitte Ihre Wahl per Fax an 031 320 35 00 oder per E-Mail an die Redaktorin: [gnaegi@fdp.ch](mailto:gnaegi@fdp.ch)

**FDP**  
Die Liberalen

**PLR**  
Les Libéraux-Radicaux

**PLR**  
I Liberali

**PLD**  
Ils Liberals



Medienmitteilung der FDP-Frauen Schweiz anlässlich der Delegiertenversammlung vom 7. März 2009

## FDP-Frauen streben flächendeckenden Brustkrebsprävention an

Bis heute wird die Brustkrebsprävention in vielen Deutschschweizer Kantonen nicht konsequent durchgeführt. Diesen Missstand wollen die FDP-Frauen Schweiz beheben und eine schweizweit flächendeckende Brustkrebsprävention anstreben. Frauen können so besser geschützt und kostspielige Behandlungskosten vermieden werden. Neben den politischen Geschäften gab es auch etwas zu feiern! Die FDP-Frauen Schweiz begehen dieses Jahr ihr 60-Jahr-Jubiläum und die FDP-Frauen des Kantons Schwyz ihr 10-jähriges Bestehen. Der ideale Zeitpunkt, um Bilanz zu ziehen und einen Blick in die Zukunft zu werfen.

### Von Claudine Esseiva

Dieses Jahr feiern die FDP-Frauen Schweiz ihren 60. Geburtstag, und die heutigen Gastgeber, die FDP-Frauen des Kantons Schwyz, ihr 10-jähriges Bestehen. Dies ist der ideale Zeitpunkt, um einen Blick auf die letzten 60 Jahren zu werfen. Aber auch zu definieren, was unsere Forderungen für die Zukunft sind: mehr Kinderbetreuungsplätze, Chancengleichheit in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, moderne Bildungspolitik, gerechte Besteuerung für Familien.

### 2 x Ja

Anlässlich der Generalversammlung wurden zudem die Parolen für die Abstimmung vom 17. Mai 2009 gefasst. Die FDP-Frauen sagen klar Ja zur Reisefreiheit und zu den biometrischen Pässen mit dem Hinweis, dass dem Datenschutz stets gebührend Rechnung getragen werden muss.



Carolin Chevin

den muss. Die Frage zur Zukunft der Komplementärmedizin wurden angeregt diskutiert. Mit 34 gegen 18 Stimmen wurde die Ja-Parole zum Gegenvorschlag gefasst. Somit gehen die FDP-Frauen mit zwei Ja-Parolen in die Mai-Abstimmung.

### Kampf gegen Brustkrebs

Eine der Hauptforderungen der FDP-Frauen Schweiz dieses Jahres ist die flächendeckende Brustkrebsprävention. Das hochkarätige Podium mit Bettina Borisch, Präsidentin Fachkommission Brustkrebs der Krebsliga Schweiz und Präsidentin Europa Donna Schweiz, Felix Gutzwiller, Ständerat FDP Zürich, Christine Egerszegi, Ständerätin FDP Aargau, Christa Schauer, Betroffene, vormals Präsidentin FDP-Frauen Kanton Graubünden, und Karin Julia Stadlin, Kantonsrätin FDP Kanton Zug und Mitglied der kantonsrätlichen Kommission für das Gesundheitswesen, gab einen Einblick in die Komplexität des Themas. Fazit der Diskussion: Die Schweiz muss im Bereich der Brustkrebsprävention aktiv werden. Eine Expertengruppe wird sich nun zusammensetzen und entsprechende Lösungen ausarbeiten, damit die FDP-Frauen anschliessend mit nationalen und kantonalen Vorstössen aktiv werden können. Bei der Brustkrebsprävention braucht es endlich realisierbare Lösungen, die es auch kleinen Kantonen ermöglichen, solche Programme durchzuführen.



2 x Ja



Podiumsdiskussion



## Jungunternehmer fördern? YES!

In wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist es besonders wichtig, junge Leute in ihrem unternehmerischen Denken und Handeln zu unterstützen und ihnen Mut zu machen. Genau das macht sich Young Enterprise Switzerland zum Ziel. Sie geben SchülerInnen einen Einblick in die Funktionsweise der sozialen Marktwirtschaft und geben ihnen die Möglichkeit, praktische Lernerfahrungen zu sammeln.

### Von Claudine Esseiva

Anlässlich des Anlasses «Young Entrepreneurs on Stage» vom 6. März in Zürich gab die Non-Profit Organisation Young Enterprise Switzerland drei Schulklassen die Möglichkeit, ihr Miniunternehmen einem breiten Publikum zu präsentieren. Und was die Besucher zu sehen bekamen, begeisterte. Witzig, originell und äusserst professionell zeigten die Jugendlichen ihre Geschäftsideen auf und erzählten von ihren Erfahrungen. Ein Beweis, dass die Schweizer Jugend voller Tatkraft und Unternehmungsgeist ist. Ein Anlass, der schlicht und ergreifend gut tat, in diesen doch etwas schwierigen wirtschaftlichen Zeiten.

Wie sieht so ein Angebot von Young Enterprise Switzerland genau aus? Unter dem Namen YES werden mehrere Wirtschaftsbildungsprogramme für SchülerInnen und StudentInnen mit dem Ziel angeboten, die Wirtschaft mit der Schule zu vernetzen. Die Jugendlichen stehen ganz klar im Zentrum dieser Arbeit. Sie werden befähigt werden, in wirtschaftlichen Zusammenhängen vernetzt zu denken, unternehmerisch zu handeln und als Persönlichkeit zu überzeugen. Auch bereitet sie ein solches Programm vor, in der globalen Wirtschaft verantwortungsbewusst ihren Weg zu finden und erfolgreich zu sein.

Das Angebot von Young Enterprise Switzerland bietet für jede Schulstufe ein entsprechendes Programm an. Mit dem Programm «Unsere Gemeinde» werden 3.- und 4.-Klässlern auf spielerische Weise die Staatsaufgaben näher gebracht. Auf der Sekundarstufe

wird es dann konkreter, und Schüler gehen näher auf Fragen zur Wirtschaft ein. Es geht um wirtschaftliche Grundbegriffe, Traumberuf



**Young Enterprise Switzerland**  
A Member of Junior Achievement Worldwide

und Bewerbung, die Rolle als junger Konsument und der Umgang mit Geld. Und in einem zweiten Schritt gründen und betreiben die Jugendlichen ihr eigenes Unternehmen. Jeder Miniunternehmer übernimmt eine Funktion und lebt diese während des Projektjahres real aus. Es werden Produkte entwickelt

und produziert, um schliesslich am Markt, unterstützt durch entsprechende Marketingaktivitäten, zu bestehen. Unterstützt werden die

Jungunternehmer von ehrenamtlichen Beratern (Wirtschaftspaten), ihren Lehrkräften sowie durch YES.

Das sogenannte Company Program führt die Idee des Miniunternehmens noch weiter, indem die SchülerInnen während eines ganzen Schuljahres ihr Unternehmen bewirtschaften. Die Jungunternehmer nehmen an Workshops teil, treten an Handelsmessen auf und messen sich an nationalen und in-

ternationalen Wettbewerben. Dass Jugendliche wissen, wie die Wirtschaft funktioniert und vor allem welche Möglichkeiten sie haben, ist ein wichtiger Grundstein für ihre weitere Entwicklung. Solche Programme wie YES sind nicht nur gut und wichtig für die Jugendlichen, sondern auch von enormem Wert für unsere Wirtschaft und Gesellschaft. Schliesslich werden heute die Unternehmer von morgen ausgebildet. Höchste Zeit, uns darum zu kümmern.

Sie sind auch begeistert von diesem Programm? Dann werde Sie Mitglied unter [www.young-enterprise.ch](http://www.young-enterprise.ch)

## Fünf Fragen an:

### Casha Frigo Schmidiger

**Präsidentin FDP Steinhausen und Vorstandsmitglied FDP-Frauen Kanton Zug, PR-Beraterin und Geschäftsführerin der Value Company GmbH Communications & Management; verheiratet mit Markus Schmidiger und 1 Tochter, Sara Fiona.**

*1. Was waren Ihre Gründe, sich politisch zu engagieren?*

Um das liberale Gedankengut hochzuhalten, gestern, heute und auch morgen. Ausserdem lauten die Triebfedern für meine politische Arbeit: Prävention ist bezahlbarer als Intervention; Aktion zielführender als Reaktion und Aufbruch motivierender als Stillstand. Gerade in der heutigen Zeit ist es zudem notwendig, «vorwärts zu machen» und sich nicht mit politischen Graben-

kämpfen aufzuhalten. Sonst drohen die geplanten Taten in Wortgefechten unterzugehen.

*2. Was gefällt Ihnen am besten an der Schweiz?*

Die gelungene Verbindung von Tradition und Moderne. Das Schweiz-Bashing inklusive die Verunglimpfung der Landesregierung ist ja leider in Mode geraten – hierüber vergisst man leicht all die Errungenschaften, die sich das Land in den letzten Jahren erarbeitet hat.

*3. Was war Ihr politischer Höhepunkt?*

Bereits als Präsidentin gehandelt worden zu sein, als ich noch nicht Mitglied der Ortspartei war, und der Wiederaufbau der danielerliegenden lokalen FDP nach meiner Amtsübernahme. Auch eine

Maxime von mir: Die FDP nimmt Einfluss auf das lokale Geschehen und handelt, statt nur der Herde nachzulaufen.

*4. Welchen Ratschlag geben Sie einer jungen Politikerin?*

Die Verbindung von eigenen Ideen und Visionen mit der Bereitschaft, geeignete Kooperationen mit Meinungsführern aus der eigenen Partei einzugehen. Und ganz wichtig: Sich nicht über den Mund fahren zu lassen!

*5. Wenn beamten möglich wäre, wohin oder in welche Zeit ginge Ihre Reise?*

Ans Ende des 21. Jahrhunderts, um einen Blick zu riskieren, ob und in welcher Form die jetzt gezeichneten Szenarien eingetroffen sind. Danach aber bitte wieder schnell zurück ins Hier und Jetzt.

### Grosser Erfolg für die Abstimmungskampagne dabei-bleiben.ch unter der Leitung der Jungfreisinnigen

Die Abstimmungskampagne der Jungen zur Personenfreizügigkeit, dabei-bleiben.ch, unter der Leitung der Jungfreisinnigen-Präsidentin Lena Schneller, hat einen massgeblichen Beitrag zum Ja am 8. Februar 2009 geleistet.

So kämpften über 10000 Jugendliche in allen Kantonen für ein Ja zur Personenfreizügigkeit. Neben vielen anderen Aktionen (Velo-sattel-Aktion, Wischi-Waschi-Slalom, Fussballturnier, Vote-in Parties, Freispäckli für Rekruten) lancierte dabei-bleiben.ch ein Video, in dem in einer fiktiven «Tageschau» ein sogenannter Nicht-Wähler an den Pranger gestellt wurde, da nur aufgrund seiner fehlenden Stimme die Personenfreizügigkeit abgelehnt worden sei.

Der ehemalige Tagesschau-Sprecher Charles Clerc schlüpfte dafür wieder in seine alte Rolle. Im Video integriert erschien jeweils der Name des Betrachters. Durch die virale Verbreitung via die Hub-Seite tagesnews.com wurde die deutsche Version des Films bis zum Abstimmungstag gut 400000, die französische Version gut 300000 Mal versendet.

Der Erfolg des Filmes übertraf alle Erwartungen. In der Analyse des Abstimmungsergebnisses wurde in verschiedenen Medien hervorgehoben, dass der Film eine mitentscheidende Rolle in der Schlussmobilisierung der JA-Wähler spielte. Bereits in den beiden Wochen vor der Abstimmung wurde das Video in verschiedenen Medien aufgenommen (u.a. «Sonntagsblick», «Gratiszeitungen», «Rundschau»).

Der Einsatz neuester Technik im Film selbst und auch in der Verbreitung des Videos wurde immer wieder als für die Schweizer Politik neuartig beurteilt und entwickelte sich zum Symbol für den verstärkten Einsatz des Internets in Abstimmungskämpfen.

Der Vorstand der Jungfreisinnigen Schweiz möchte sich hiermit nochmals bei allen ganz herzlich bedanken, die zu dem Erfolg dieser Kampagne beigetragen haben.



Charles Clerc in einer virtuellen Abstimmungssendung. Das Jugendkomitee setzte erfolgreich auf modernste Kampagnenmethoden (virales Marketing).

## Kongress der Jungfreisinnigen

Der diesjährige Kongress führt die Jungfreisinnigen ins angesagte Ferienresort Laax. Wiederum erwartet die Teilnehmenden ein interessantes Programm und viel Raum für geselliges Zusammensein.

Die Jungfreisinnigen Graubünden (jfgr) laden die Mitglieder und Delegierten der Jungfreisinnigen Schweiz (jfs) vom 3. bis 5. April 2009 nach Laax zum jähr-



lichen Kongress ein. Der Event wird von einem reichhaltigen Rahmenprogramm, welches den Teilnehmern regionale Spezialitäten, Geselligkeit, interessante Referate und Einblick in unternehmerische Innovation bietet, umrahmt. Das Programm ist so gestaltet, dass die Kongressbesucher am kompletten Angebot teilnehmen oder aber nur den Kongress besuchen

können. Residieren werden wir im Design Hotel Riders Palace.

Inhaltlich stehen die Anpassung der Positionspapiere sowie die statutarischen Geschäfte inklusive Neuwahl des Vorstandes im Vordergrund. Ein weiterer Höhepunkt ist das Referat von Reto Gurtner, der das Konzept des neuen Aushängeschildes der Weissen Arena Gruppe, des «RocksResort», vorstellt.

Weitere Informationen, alle Details zur Anmeldung und den Unterlagen zum Kongress sind zu finden unter [www.jungfreisinnige.ch](http://www.jungfreisinnige.ch) und [www.jfgr.ch](http://www.jfgr.ch).



Abstimmungen vom 17. Mai

## Aus liberalem Herzen – 2× Nein am 17. Mai

An den letzten Delegiertenratssitzungen fassten die Jungfreisinnigen Schweiz ihre Parolen für die eidgenössischen Abstimmungsvorlagen vom 17. Mai 2009. Dabei empfehlen sie sowohl den Gegenentwurf «Zukunft mit Komplementärmedizin» wie auch die Vorlage zur zwingenden Einführung des biometrischen Passes zur Ablehnung.

### Von Alain Schreiner, International Officer Jungfreisinnige Schweiz

Die Vorlage «Zukunft mit Komplementärmedizin» möchte eine Bestimmung in die Bundesverfassung aufnehmen, wonach Bund und Kantone im Rahmen ihrer Zuständigkeiten für eine Berücksichtigung der Komplementärmedizin zu sorgen haben. Dieser direkte Gegenvorschlag wurde von den eidgenössischen Räten als Reaktion auf eine Volksinitiative des Forums für Ganzheitsmedizin initiiert. Die Initiative wurde von den Initianten mittlerweile zurückgezogen, da sie im Gegenvorschlag eine adäquate Lösung zur Erreichung ihrer Ziele sehen. Primär betrachten sie den neuen Verfassungsartikel als Grundlage, um die fünf vom Bundesrat aus der Grundversicherung gestrichenen komplementären Leistungen (anthroposophische Medizin, Homöopathie, Pflanzenheilkunde, Neuraltherapie, traditionelle chinesische Medizin) wieder in den Grundversicherungskatalog aufzunehmen.

Einerseits ist der wissenschaftliche Nutzen vieler komplementärmedizinischer Methoden nicht erwiesen, was eine Aufnahme in den Grundversicherungskatalog nicht rechtfertigt. Aus liberaler Sicht kämen eine Anerkennung und damit in vielen Fällen auch Kostenübernahmen dieser Methoden durch den Staat reiner Willkür gleich. Andererseits führt die offene Formulierung des Verfassungsartikels zu nicht absehbaren finanziellen Folgen. So geht aus dieser Bestimmung beispielsweise nicht hervor, welche Leistungen von Bund und Kantonen neu finanziell unterstützt werden müssten.



Alain Schreiner

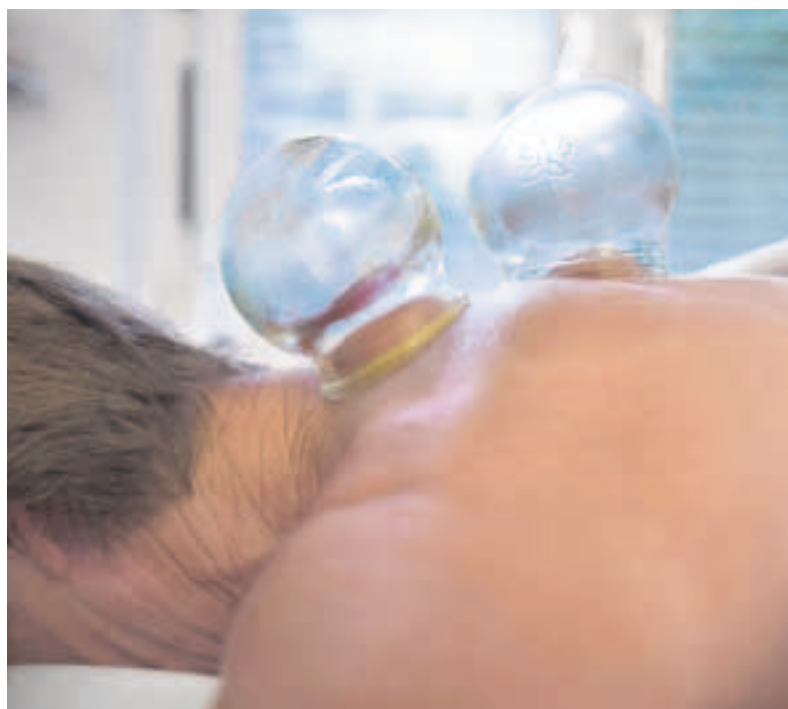
Mit dem Beschluss über die definitive Einführung biometrischer Pässe und Reisedokumente möchten Bundesrat und Parlament dem weltweiten Trend zur Speicherung biometrischer Daten in Ausweisschriften folgen und einer entsprechenden Verpflichtung im Schengen-Vertrag nachkommen. Biometrische Pässe, welche seit September 2006 in einer Pilotphase angeboten werden (insb. um eine visumsfreie Einreise in die USA zu ermöglichen), sollen damit eine gesetzliche Grundlage erhalten. Wichtigster Bestandteil der Vorlage ist die Revision des Ausweisgesetzes, in welchem das Ausstellen biometrischer Pässe und Identitätskarten ermöglicht und der mögliche Inhalt dieser Dokumente (elektronische Speicherung der Daten, Gesichtsbild, Fingerabdrücke) festgehalten werden sollen. Ausserdem sollen die Passdaten in einem zentralen Computersystem gespeichert werden.

Auch diese Vorlage empfehlen die Jungfreisinnigen zur Ablehnung. Für eine zentrale Speicherung von Passdaten und Fingerabdrücken

besteht weder eine sicherheitspolitische Notwendigkeit noch entspricht diese Massnahme liberalem Gedankengut. Bei genügend grossem Druck ist eine Weitergabe von Daten an andere staatliche Stellen leider nicht auszuschliessen. Zweitens erlaubt die Formulierung des Gesetzes eine Aufhebung der Wahlmöglichkeit zwischen biometrischen und nichtbiometrischen Reisedokumenten, was zur Zwangs-Biometrie führen würde. Vor dem Hintergrund, dass Biometrie-Chips (RFID) aus einigen Metern Entfernung mit leicht zu erwerbenden Geräten gelesen werden können, dürfen damit ausgestattete Pässe und insbesondere Identitätskarten dem Bürger nicht aufgezwungen werden. Der Schengen-Vertrag verlangt le-

diglich die – bereits bestehende – Möglichkeit zur Ausstellung eines biometrischen Passes.

Mit ihren Abstimmungsparolen bekräftigen die Jungfreisinnigen die urliberalen Werte, für die sie seit je eintreten. Ein weiterer kostenintensiver Ausbau der Staats-tätigkeit im Bereich der Krankenversicherung soll verhindert werden, damit auch die nächsten Generationen noch von einer gesunden Grundversicherung profitieren können. Ebenso soll die Privatsphäre der Bürger geschützt werden, indem mit einer Ablehnung der Zwangs-Biometrie der Weg für ein neues Gesetz ohne Datenbank und mit Passwahlmöglichkeit geebnet wird.



Die Jungfreisinnigen sagen Nein zur Komplementärmedizin.

Bild: Keystone



## Arbeitsplätze sichern, Schuldenwirtschaft verhindern

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Welt fest im Griff. Ihre Auswirkungen sind auch in der Schweiz immer deutlicher spürbar. Es besteht die Gefahr, dass Staaten mit Konjunkturprogrammen wie überschuldete Banken in die Schuldenfalle geraten. Arbeitsplätze wären damit nur kurzfristig gesichert.

**Von Fulvio Pelli,**  
Präsident FDP.Die Liberalen

Wie viel Schulden sind zu viel? Die Banken hatten zu viel Schulden, was die Finanzwelt zur Systemkrise und die Weltwirtschaft an den Abgrund brachte. Für Banken gilt künftig: weniger Schulden!

Anders beim Staat: Dort steht die Welt Kopf. Nach Rettungsprogrammen für Banken jagen sich nun Konjunkturprogramme. In Deutschland kosten diese 50 Mia. Euro, in den USA knapp 800 Mia. USD. Schulden machen.

Auch in der Schweiz herrscht Ideenwettbewerb: Die SVP und Bundesrätin Calmy Rey wollen den fiktiven Budgetüberschuss von 2007 von 5 Mia. Franken verteilen. Die gleiche Summe wollen die Gewerkschaften ausgeben. Noch bevor der Bundesrat das zweite Konjunkturpaket beschlossen hatte, forderte die SP bereits ein drittes Programm. Von Investitionen in Zukunftssektoren und in Bildung wird geschwärmt, von der staatlich geplanten Wirtschaft geträumt und das alles als «Green New Deal»



**Damit die Hosentaschen nicht leer sind: Arbeitsplätze sichern.**

oder der grosse Sprung über die Krise vermarktet.

Die Linke beruft dabei auf den britischen Ökonomen Keynes und missbraucht ihn.

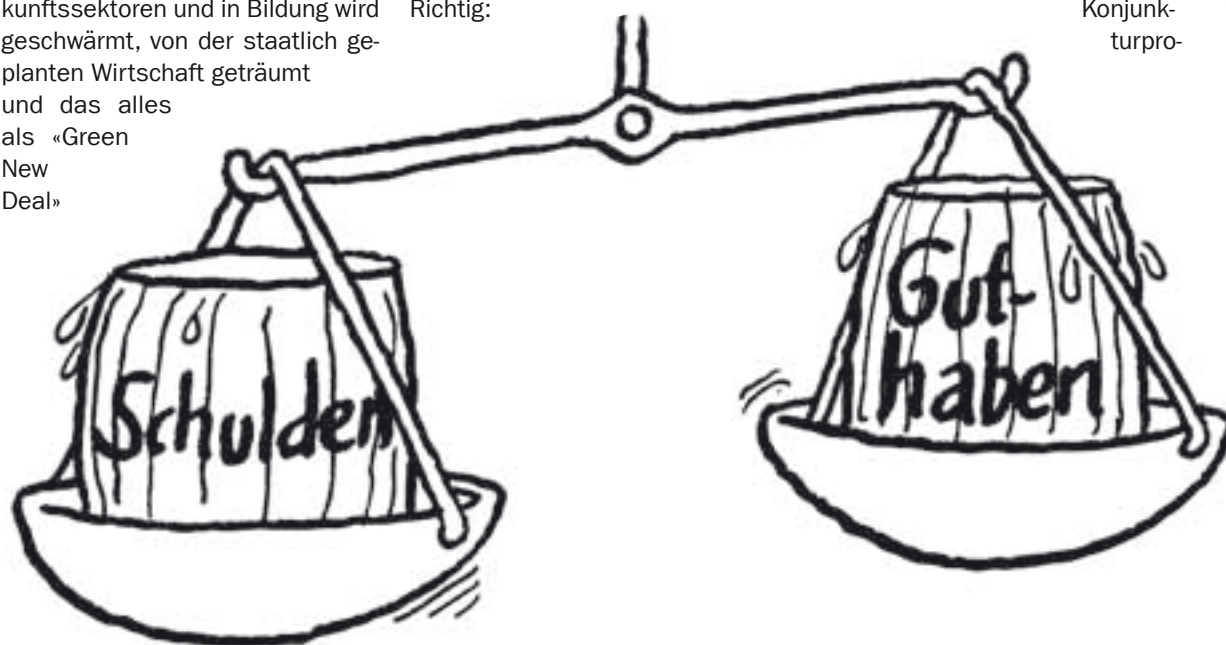
Richtig:

Keynes Theorie war von der Depression geprägt und gewisse Länder – nicht die Schweiz! – mögen heute in einer ähnlichen Krise stecken.

Doch Keynes sah staatliche Konjunkturpro-

gramme als Krisenmassnahme mit klarer zeitlicher Beschränkung. Diese Vorgabe haben Politiker bereits früher nicht eingehalten und damit die Welt in die Inflation getrieben, und auch künftig werden sie der Droge Defizitwirtschaft kaum widerstehen. So rechnen die USA mit Billionendefiziten bis weit ins nächste Jahrzehnt und die SP protestiert schon für 2011 gegen angekündigte Sparmassnahmen des Bundes. Mehr noch: Viele Konjunkturprogramme sind politisch motiviert, verpuffen oder schaffen langfristige Abhängigkeiten und Kosten. Schlechte Beispiele sind die Rettung maroder Autohersteller, neue Sozialprogramme oder eine Verschrottungsgebühr in einem Land ohne Automobilindustrie.

All diese Beispiele zeigen die Gefahr, dass Geld weder rasch wirksam noch zeitlich beschränkt oder zielgerichtet eingesetzt wird.



Zudem basiert Keynes Theorie auf den Erwartungen der Unternehmer und Konsumenten für die Zukunft. Genau diese vertrauen aber weder dem Staat noch jenen Politikern, die sich auf Keynes berufen. Pensionskassen, Private und Unternehmen wissen: Geld fällt nicht vom Himmel. Auch der Staat muss seine Schulden begleichen. Entweder durch höhere Steuern, Inflation oder Staatsbankrott. Die EU-Mitgliedstaaten werden 2009 1000 Mia. Euro aufnehmen und bei den USA werden es 2000 Mia. USD oder 14% des BIP sein. Hinzu kommen Anleihen von Banken mit Staatsgarantie über 2000 Mia. USD. Die Drohungen von Deutschland, Frankreich, Grossbritannien und US-Vertreter gegen das Bankgeheimnis haben neben dem Verdrängungskampf der Finanzplätze vor allem höhere Steuereinnahmen als Ziel. Noch schlimmer steht es um Griechenland, Italien und osteuropäische Staaten, wo die Rückstufung der Kreditwürdigkeit droht und diese Länder für Anleihen bereits bis 2 Prozent mehr als Deutschland bezahlen.

Was bedeutet das für die Schweiz? Unser Land darf seine Trümpfe nicht verspielen. Die Bundesfinanzen sind dank hartnäckiger Politik von Finanzminister Merz im Lot. Die Ausgabe neuer Staatsanleihen liegt 2009 unter einem Prozent des BIP. Richtig gehandelt hat deshalb der Bundesrat beim zweiten Konjunkturprogramm. Die Massnahmen sind kein grosser

Wurf, sondern viele kurzfristig realisierbare Massnahmen.

Nun ist das Parlament gefordert: Doch in der Krise werden die Karten im Standortwettbewerb neu gemischt. Unsere Trümpfe sichern wir nicht durch Konjunkturprogramme. Statt die Geldschleusen zu öffnen, müssen wir unser Haus in Ordnung bringen. Das bedingt auch harte Massnahmen.

### Schuldenbremse nicht lockern

Erstens ist die von Links geforderte Lockerung der Schuldenbremse strickt abzulehnen. Die Schuldenbremse schützt Politiker vor Masslosigkeit. Das ist für die Schweiz als kleine, exportorientierte Wirtschaft mit sehr grossem und problembeladenem Finanzplatz zentral, denn Kratzer an der Kreditwürdigkeit wären verheerend. Mehr noch: Tiefe Schulden bedeuten künftig tiefe Steuern – das ist einer der grössten Trümpfe im Standortwettbewerb.

Zweitens müssen bereits auf 2010 folgende Massnahmen in Kraft treten:

- Ausgleich der kalten Progression mit einer Entlastung von 600 Mio. Franken
- Steuerliche Entlastungen für energetische Gebäudesanierungen
- Technische Vereinfachung der Mehrwertsteuer
- IV-Zusatzfinanzierung samt Trennung von AHV- und IV-Fonds, ansonsten die AHV-Renten be-

droht und nötige Reformen der IV verhindert werden

- Verabschiedung der 11. AHV-Revision, damit eine bessere Flexibilisierung dank Teilzeitarbeit und ohne Zusatzkosten möglich wird.

### Strukturreformen

Drittens verlangt die FDP Strukturreformen wie die ausgabenseitige Revision der Arbeitslosenversicherung, eine rasche 12. AHV-Revision, der Einheitssatz bei der Mehrwertsteuer, um sie senken zu können, die Revision der Familienbesteuerung samt Entlastung für familienexterne Kinderbetreuung, die Unternehmenssteuerreform III und ein Aktienrecht, das unternehmerische Freiheit nicht übermässig beschränkt und ausländische Firmen abschreckt.

Die FDP steht für Arbeitsplätze. Diese können wir nicht durch eine kurzfristige Defizitwirtschaft sichern. Vielmehr muss die Politik unser Land dank Strukturmassnahmen in die Pole-Position für den Aufschwung bringen. Das braucht Stehvermögen gegenüber populistischen Ausgaben- oder Steuersenkungsprogrammen. Das Volk weiss: Geld fällt nicht vom Himmel! Deshalb: Auch wenn die Welt Kopf steht, dürfen wir den Kopf nicht verlieren und unsere Reserven verpassen. Die FDP wird dafür kämpfen, dass der Teufel der heutigen Finanzkrise nicht durch den Beelzebub einer künftigen staatlichen Finanzkrise ausgetrieben wird!



### Reden oder handeln?



## Zurück an den Absender!

*FDP.Die Liberalen* lehnt Totalrevision in vorliegender Form ab.

**Von Lukas Breunig,**  
politischer Sekretär

Der Bundesrat legt eine Totalrevision des Raumplanungsgesetzes vor. Das neue Bundesgesetz über die Raumentwicklung (REG) soll das fast 30 Jahre alte RPG ablösen. Es will den Herausforderungen einer zunehmend urbanen Schweiz Rechnung tragen, ohne dabei die Bedeutung der ländlichen Räume zu vernachlässigen. Der Gesetzesentwurf berücksichtigt laut Bundesrat die wachsende Bedeutung der Städte und Agglomerationen und will der Zersiedelung der Landschaft entgegenwirken. An der heutigen Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen soll grundsätzlich festgehalten werden.

Die Revision des Raumplanungsrechts ist auch als indirekter Gegenvorschlag gegen die sogenannte «Landschaftsinitiative», welche im August 2008 mit knapp 110 000 gültigen Unterschriften eingereicht wurde. Die Initiative verlangt insbesondere, dass während 20 Jahren nach Inkrafttreten die Gesamtfläche der Bauzonen in der Schweiz nicht vergrössert wird.

### Rückweisung

Die *FDP.Die Liberalen* setzt sich für einen guten, international in jeder Hinsicht konkurrenzfähigen Wirtschaftsstandort ein. Gleichzeitig fordert die *FDP.Die Liberalen* eine ökologisch nachhaltige Raumpolitik. Die *FDP.Die Liberalen* will dem kleinräumigen Denken bei der Raumplanung ein Ende setzen. Gefragt sind vielmehr grossräumige Strategien, wie die fortschreitende Zersiedelung des Lebensraumes Schweiz gestoppt werden kann.

Die *FDP.Die Liberalen* kann die Revision des Gesetzes in der vorliegenden Form nicht unterstützen. Zwar kann sich die *FDP.Die Liberalen* mit den Zielsetzungen des Bundesrates grundsätzlich einver-



**Lukas Breunig**

standen erklären. Zu viele der vorgesehenen neuen Regelungen widersprechen jedoch unserer liberalen Grundhaltung. Insbesondere die vorgesehene Entschädigungspraxis ist uns ein Dorn im Auge.

### Raumplanung versus Eigentumsfreiheit

Raumplanung bedeutet, einen angemessenen Ausgleich zwischen dem öffentlichen Interesse an häuslicher Nutzung des Bodens einerseits und der Eigentumsfreiheit andererseits zu finden. Das bisherige Raumplanungsrecht hat diesen Ausgleich relativ gut gemeistert. Mit dem revidierten REG sind hingegen verstärkt Eingriffe in die Eigentumsfreiheit vorgesehen. Ein Beispiel: Wer Land ausserhalb der Bauzonen für nichtlandwirtschaftliche Wohn- oder Gewerbenutzungen beanspruchen will, soll künftig eine «Versiegelungsabgabe» entrichten müssen. Diese soll für Hochbauten höher sein als für die blosser Versiegelung (z. B. Strassen oder Plätze). So soll verhindert werden, dass nichtlandwirtschaftliche Aktivitäten aus der Bauzone «ausgelagert» werden. Auch andere eigentumsfeindliche Institute des neuen REG wie die entschädigungslose Zuweisung von Bauland in Reservebauzonen sind aus Eigentümersicht

äusserst heikel. Solche Abgaben sind aus liberaler Sicht mit Vehemenz abzulehnen. Sie verletzen die Eigentumsfreiheit. Die *FDP.Die Liberalen* ist dagegen, dass Eigentümer bestehender Bauzonen einen entsprechenden Wertverlust ihres Landes entschädigungslos hinnehmen müssen.

### Weitere Punkte

Auch aus weiteren Gründen ist die vorliegende Revision des RPG abzulehnen:

- Der Vorentwurf sieht den Ersatz bestehender Landwirtschaftszonen durch «Kulturlandzonen» vor. Diese Änderung ist nach Ansicht der *FDP.Die Liberalen* unnötig. Das heutige Regime der Landwirtschaftszonen ist zwar kompliziert; es hat sich in den vergangenen Jahren aber eingespielt. Neue Namen stiften auch hier Verwirrung.
- Der Vorentwurf beschäftigt sich nicht mit der laufend zunehmenden Waldfläche bzw. der Frage, ob dessen hohes Schutzniveau im Vergleich zu anderen Nutzungsarten überall noch gerechtfertigt ist.
- Allgemein: Der Entwurf enthält doppelt so viele Bestimmungen

wie das bisherige RPG. Dies ist zu kritisieren: Die *FDP.Die Liberalen* steht für einen schlanken Staat ein. Daher sind auch Gesetze so schlank wie möglich zu halten. Das Gesetz ist zu kürzen.

### Fazit

Die *FDP.Die Liberalen* kann den Entwurf für ein neues Raumentwicklungsgesetz nicht unterstützen. Zwar wird der Reformbedarf seitens der *FDP.Die Liberalen* anerkannt. Insbesondere die Verbesserungen bei der Kompetenzenverteilung Bund-Kantone-Gemeinden sowie die Massnahmen gegen die Zersiedelung sind an und für sich durchaus annehmbar. Zentrale Hauptpunkte der Vorlage – die möglichen Aussonnungen u. ä. sowie die entsprechenden Entschädigungsfragen – sind für die *FDP.Die Liberalen* aber so nicht tragbar. Daher ist keine Totalrevision des Gesetzes erwünscht. Vielmehr ist das bestehende RPG mit einigen wichtigen Änderungen zu versehen, im Grundsatz jedoch so zu belassen, wie es heute ist.



**Raumplanung: Gefragt sind grosszügige Strategien.**

Bild: Keystone



Biometrische Pässe

## Ja zu neuen Pässen – Ja zur Reisefreiheit

Wer reisen will, braucht einen Reiseausweis, der internationale Normen erfüllt und von anderen Ländern anerkannt wird. Er muss also Einreisebedingungen erfüllen, die andere Länder festlegen. Nur wer nie reisen will, kann sich über diese Tatsache hinwegsetzen. Deshalb brauchen wir eine neue Pass-Generation, die den neuen europäischen und internationalen Standards entspricht. Dazu müssen wir am 17. Mai Ja sagen.



Ruedi Noser

**Von Ruedi Noser, Vizepräsident  
FDP.Die Liberalen**

Die Einführung eines PASSES mit elektronisch gespeicherten biometrischen Daten, wie es Bundesrat und Parlament mit der Revision des Ausweisgesetzes beabsichtigen, ist keine Erfindung der Schweiz: Biometrische Pässe sind der Standard der Zukunft, den die internationale Zivilluftfahrtbehörde vorschreibt. Bereits haben 54 Staaten solche Ausweisschriften eingeführt. Zudem stellt die Einführung des neuen PASSES eine Weiterentwicklung des Schengen-Assoziierungsabkommens dar. Die Schweiz als Schengen-Staat ist verpflichtet, diese Weiterentwicklung zu übernehmen und umzusetzen. Hierzu hat die Schweiz eine Übergangsfrist bis zum 1. März 2010. Die Nichteinhaltung dieser Frist würde eine Vertragsverletzung darstellen.

### Visumsfreies Reisen beibehalten

Die anderen Schengen-Staaten mussten den biometrischen Pass mit einem elektronisch gespeicher-

ten Gesichtsbild bereits per August 2006 definitiv einführen. Ab Juni 2008 müssen sie zusätzlich zwei elektronisch gespeicherte Fingerabdrücke in den Pässen speichern. Weiter verlangen auch die USA die Einführung von biometrischen Pässen. Für die visumsfreie Einreise in die USA im Rahmen des sogenannten «Visa-Waiver-Programms» müssen seit Oktober 2006 die ausgestellten Pässe über elektronisch gespeicherte biometrische Daten verfügen. Deshalb hat die Schweiz als zeitlich befristetes Pilotprojekt den «Pass 06» mit biometrischen Daten eingeführt, den man wahlweise zum «traditionellen» Pass beantragen konnte.

### Eine Abstimmung, die über die Reisefreiheit entscheidet

Die Abstimmung vom 17. Mai entscheidet darüber, ob die Schweizerinnen und Schweizer in Zukunft als Privat- oder Geschäftsleute frei reisen können und ob die Schweiz als Tourismusdestination weiterhin attraktiv bleibt. Der Schweizer Tourismus ist auf einen freien Reiseverkehr für Gäste aus EU- und Nicht-EU-Ländern angewiesen. Bei einem Nein am 17. Mai riskieren wir, dass unsere Gäste aus China, Indien, Russland und zahlreichen weiteren Ländern auf ihrer Europareise ein separates Visum für die Schweiz beantragen müssen. Die Schweiz läuft dabei Gefahr, aus dem Reiseprogramm «gekippt» zu werden. Zudem schadet ein Nein auch dem Image der Schweiz.

### Lohnt es sich, Nein zu sagen?

Wir müssen uns bei dieser Abstimmung fragen, wie viel wir riskie-



Dieser Pass ist veraltet.

Bild: Keystone

ren wollen, wenn wir eine neue Generation von Ausweisschriften ablehnen: Lohnt es sich, trefflich darüber zu streiten, ob RFID-Chips auf Pässen sinnvoll sind? Lohnt es sich, zu diskutieren, ob neu zwei Fingerabdrücke auf den Pässen abgebildet sein sollen? Zu guter letzt ist es doch ganz einfach: Wer reisen will, braucht einen Reiseausweis, der internationale Normen erfüllt und von anderen Ländern an-

erkannt wird. Werden diese Normen angepasst, müssen auch wir unseren Schweizer Pass anpassen. Das haben wir schon viele Male so gemacht und haben uns dabei nie etwas vergeben. Im Gegenteil: Unsere Pässe sind immer sicherer geworden, und wir haben unsere Freiheit zu reisen gewahrt. Darum Ja am 17. Mai zur Revision des Ausweisgesetzes.

## Zwischenbilanz nach einem Jahr

Das neue Transplantationsgesetz konnte, nach einem aufwendigen Verfahren und mit vier umfangreichen Verordnungen, am 1. Juli 2007 endlich umgesetzt werden, rund drei Jahre nachdem es im Parlament verabschiedet worden war.

**Von Trix Heberlein,  
Präsidentin Swisstransplant**

Neu ist vor allem die zentrale Zuteilung der Spenderorgane direkt an einen Patienten auf der Warteliste und nicht mehr an die Klinik, aus der die Organe stammen.

Den Patienten, welche nach einheitlichen Kriterien auf die Warteliste genommen werden, werden die immer noch knappen Organe nach den Kriterien Dringlichkeit, Priorität und Wartezeit zugeteilt, wobei selbstverständlich alle Kriterien der medizinischen Verträglichkeit zuerst abgeklärt werden müssen.

In den entsprechenden Verordnungen sind alle medizinischen Voraussetzungen je Organ detailliert aufgelistet, eine Aufstellung, welche von den Arbeitsgruppen von Swisstransplant in einem aufwendigen Verfahren erarbeitet werden musste. Dass medizinische Voraussetzungen ständig angepasst werden müssen, war für die Verantwortlichen im BAG eine schwierige Hürde, letztlich konnten diese Voraussetzungen so formuliert werden, dass sie in einer Departementsverordnung geregelt wurden. Auch eine solche kann nur mit langen Vorbereitungen einmal jährlich angepasst werden, ein echtes Hindernis bei der raschen Entwicklung in der Medizin und für die Patienten ein Nachteil.

Alle Zuteilungsregeln wurden dann in einem elektronischen Schweizerischen Zuteilungssystem (SOAS) festgelegt, welches als Grundlage für die Arbeiten der Koordinationsstelle von Swisstransplant dient. Swisstransplant arbeitet mit einem jährlich zu erneuernden Leistungsvertrag des Bundes und erhält dafür die für die zu erbringenden Leistungen not-



**Trix Heberlein**

wendigen Beiträge an die Kosten von Personal und Infrastruktur. Die Koordinatorinnen wie auch der Direktor müssen an 365 Tagen rund um die Uhr verfügbar sein, unabhängig davon, ob mehr oder weniger Spenderorgane zur Verfügung stehen.

Neben der zentralen Allokation, die nach wie vor für einige Kliniken ein Stein des Anstosses ist, für die Patienten auf der Warteliste aber mehr Gerechtigkeit bedeutet, führte das neue Gesetz zu mehr Professionalität auf allen Ebenen und zu einer grösseren Transparenz unter den Kliniken, können sie doch ein nach der zentralen Allokation einem ihrer Patienten zugeteiltes Organ zwar ablehnen, diese Ablehnung wird jedoch im System dokumen-

tiert. Die zentrale Allokation führte auch dazu, dass vermehrt Organe transportiert werden müssen, was zu Mehrkosten von 30 bis 50% führte. Dass diese Transporte ohne nennenswerte Verlängerung der kritischen Zeiten erfolgen, ist weitgehend einer guten Zusammenarbeit zwischen den Koordinatorinnen, der Rega und andern Transportmitteilern zu verdanken.

Die Hoffnung, dass mit der intensivierte Information über den Spendermangel in unserem Land, dem Versand von Informationsbroschüren und Spendekarten in alle Haushaltungen sowie mit teuren Fernsehspots des BAG, die Anzahl der verstorbenen Patienten verringert werden kann, hat sich nur bedingt erfüllt: Noch immer verster-

ben jährlich rund 50 Patienten, die auf der Warteliste stehen, und die Zahl der Organspenden hat sich nicht markant erhöht, trotz grossem Goodwill in der Bevölkerung.

Entscheidend ist nach unserer Erfahrung eine gezielte Schulung des Personals in allen Spitälern mit einer Intensivstation. Dort werden potenzielle Spender erfasst, dort müssen auch die notwendigen Massnahmen rasch getroffen und die schwierigen Gespräche geführt werden. Das Gesetz verpflichtet die Kantone, diese Aufgaben wahrzunehmen, was sie in unterschiedlichem Masse getan haben.

Die Asymmetrie der Spenden in den einzelnen Regionen der Schweiz führte denn auch zu verständlichen Diskussionen unter den Transplantationskliniken. Wenn, bezogen auf die Einwohnerzahl pro Kanton, Unterschiede von 24 Spendern in der Region Bern zu 7,7 Spendern in der Region Zürich bestehen und dabei ein grosser Teil der Organe nach Zürich geht, weil die Wartelisten dort am längsten sind, so ist diese Tatsache nicht unbedingt vertrauensbildend.

Nur wenn alle Spitäler sich an den Ausbildungsprogrammen beteiligen und sich für die Spendererkennung einsetzen, können die zentrale Allokation akzeptiert und ihre Vorteile für alle Patienten erkannt werden.

Aus diesem Grund wird unter dem Dach von Swisstransplant auch eine enge Zusammenarbeit von Intensiv- und Notfallmedizinern angestrebt und ab 2009 das dafür notwendige Schulungspersonal zur Verfügung stehen. Die GDK hat Swisstransplant für diese Aufgabe für die nächsten zwei Jahre einen Betrag zur Verfügung gestellt.



## Agenda 2009

### April

- 24. PPK
- 25. Delegiertenversammlung in Stans/NW
- 27.–30. Sondersession Nationalrat

### Mai

- 15./16. VorseSSIONALE Fraktionssitzung
- 17. Eidg. Abstimmungen
- 25. 5.–12. 6. Sommersession (1. 6. = Pfingstmontag)

### Juni

- 3. Ausflug der FDP-Fraktion der Bundesversammlung
- 26. PPK
- 27. Delegiertenversammlung in Bern

### August

- 28./29. VorseSSIONALE Fraktionssitzung

### September

- 7.–25. Herbstsession
- 10. Geschäftsleitung
- 12. Tag der FDP-Parlamentarier
- 27. Eidg. Abstimmungen

### Oktober

- 16. PPK
- 17. Delegiertenversammlung in Bern

### November

- 13./14. VorseSSIONALE Fraktionssitzung
- 23. 11.–11. 12. Wintersession
- 25. Wahlfeier Stände- und Nationalratspräsident
- 29. Eidg. Abstimmungen

### Dezember

- 2. Wahl des Bundespräsidenten und des Vizepräsidenten des Bundesrates
- 3. Wahlfeier des Bundespräsidenten
- 10. Weitere Feiern

## Auf Wiedersehen



Lukas Breunig



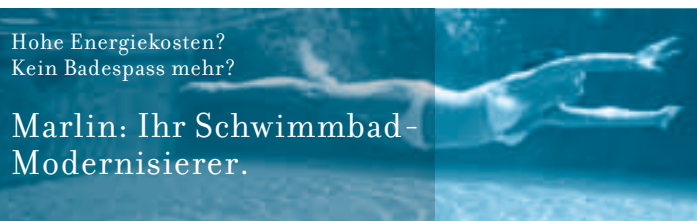
Eliane Gnägi

### Lukas Breunig, politischer Sekretär, und Eliane Gnägi, Leiterin Events und Organisation, verlassen das Generalsekretariat

Lukas Breunig war als politischer Sekretär seit etwas über einem Jahr für die Finanz-, Rechts-, und staatspolitische Kommission zuständig. Er betreute die Dossiers der Steuer- und Finanzpolitik, Staats- und Ausländerpolitik und war für Rechtsfragen sowie das Dossier innere Sicherheit zuständig. In Lukas Breunig verliert das Generalsekretariat nicht nur einen Fachmann in den genannten Bereichen, sondern auch einen sehr geschätzten Arbeitskollegen. Seinen beruflichen Weg wird er in einer Anwaltskanzlei fortsetzen. Wir wünschen Lukas Breunig auf seinem weiteren Weg beruflich und privat alles Gute!

Eliane Gnägi, Leiterin Events und Organisation, war seit vier Jahren verantwortlich für die Redaktion des «Schweizer Freisinns», für die Organisation der Parteianlässe und betreute längere Zeit die Arena-Organisation. Per 1. Juni wird sie nun eine Stelle als Kommunikationsleiterin in der Gesundheitsbranche annehmen. Wir danken ihr herzlich für ihre Mitarbeit und wünschen ihr beruflich wie privat alles Gute.

#### Anzeige



Alles über umfassende Pool-Modernisierung in Garten und Haus:  
[www.marlin.ch/modernisierung](http://www.marlin.ch/modernisierung)

Marlin AG · CH-6312 Steinhausen  
 Tel. 041 741 44 45 · [service@marlin.ch](mailto:service@marlin.ch)

**MARLIN**  
 Privatschwimmbad

**LEHRER**

**Microsoft®**  
Your potential. Our passion.™

Martin Mathiuet eignete sich in einem Weiterbildungsprogramm wichtige Computerkenntnisse an. Inspiriert davon gründete er ein Microsoft Community und Learning Center in der Surselva, um anderen Menschen zu ermöglichen, ihre Fähigkeiten zu entwickeln. So hilft er und Microsoft, eine alte Sprache und die Kultur zu erhalten. Lesen sie mehr auf [www.aufmeinemweg.ch](http://www.aufmeinemweg.ch)

**SCHÜLER**